

**Behandlung von an den Parteivorstand überwiesenen Anträgen der
1. Tagung des 2. Bundesparteitages der LINKEN am 15. und 16. Mai 2010
in Rostock**

Beschluss des Parteivorstandes vom 26. September 2010

Der Parteivorstand bestätigt die Beschlusspunkte zu den jeweiligen Anträgen (Anlage).

F.d.R.:

Claudia Gohde
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Verteiler:

Entsprechend Geschäftsordnung, Anlage 3
Alle Gliederungen der Partei DIE LINKE

Anlage

Die auf Vorschlag der Antragskommission von den Delegierten der 1. Tagung des 2. Parteitages der LINKEN an den Parteivorstand im Kontext der Programmdebatte überwiesenen Anträge wurden an die Programmkommission weitergeleitet.

Die folgenden Anträge¹ wurden durch Beschluss des Rostocker Parteitages 2010 an den Parteivorstand überwiesen, der Parteivorstand trifft dazu die in der rechten Spalte aufgeführten Entscheidungen:

Antrag	Stichwort	Eingereicht von	Beschluss des Parteivorstandes
Antrag G.08.	Änderung in der gesetzlichen Krankenversicherung	Teresa Maria Thiel	Die Antragstellerin beantragte Nichtbehandlung, da sie den Antrag auf dem nächsten Bundesparteitag erneut einbringen will. Beschluss: Diesem Antrag wird zugestimmt.
Antrag G.09.	Änderung in der gesetzlichen Pflegeversicherung	Teresa Maria Thiel	Die Antragstellerin beantragte Nichtbehandlung, da sie den Antrag auf dem nächsten Bundesparteitag erneut einbringen will. Beschluss: Diesem Antrag wird zugestimmt.
Antrag P.05.	Einrichtung eines Kampagnenteams beim Parteivorstand	DIE LINKE. Kreisverband Steinfurt (Kreisvorstand)	Beschluss: Das Anliegen des Antrages ist mit der neuen Struktur der Bundesgeschäftsstelle und damit der speziellen Festschreibung der Aufgabe „Kampagnen“ in der Bereichsstruktur erfüllt (siehe Beschluss-Nr.: 41/2010).
Antrag P.08.	Verwendung umweltfreundlicher und fair gehandelter Materialien	DIE LINKE. Kreisverband Gütersloh	Beschluss: Das Anliegen des Antrages ist weitgehend erfüllt. Es erfolgt eine nochmalige Prüfung aller Materialien auf ihre Umweltverträglichkeit und Zertifizierung.
Antrag D.03.	Unterstützung der Einbringung eines Antrags zur Abschaffung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen unter der Rüttgers-Regierung in Nordrhein-Westfalen	AG Studierendenpolitik Hamburg	Beschluss: Der Parteivorstand unterstützt das Wirken der Linkfraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen auf sofortige Abschaffung der Studiengebühren.
Antrag D.05.	thematische Konferenz zum 200. Jahrestag des Unabhängigkeits- und Befreiungskampfes in Lateinamerika	Cuba Sí	Beschluss: Der Parteivorstand unterstützt die Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz am 20.11.2010 Am 20.11.2010 führen der AK-Lateinamerika, die Helle Panke, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Alexander- von-Humboldt-Gesellschaft, das Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile und Lateinamerika (FDLC), das Portal Amerika 21 sowie die Lateinamerika-Nachrichten eine Konferenz „Bicentenario“ anlässlich 200 Jahre Unabhängigkeitserklärung lateinamerikanischer Staaten durch. Teilnehmen wird nach dem Stand der Planungen u.a. Gregor Gysi.

Aufgrund des zeitlichen Verlaufs des Parteitages konnten folgende Anträge, die von der Antragskommission zur Behandlung im Plenum vorgeschlagen waren, nicht mehr behandelt werden. Der Parteitag beschloss ihre Überweisung an den Parteivorstand. Der Parteivorstand trifft dazu die in der rechten Spalte aufgeführten Entscheidungen:

¹ Alle Anträge sind im Wortlaut hinter der Tabelle in der gleichen Reihenfolge wie in der Tabelle angefügt.

Antrag	Antragsheft	Eingereicht von	Beschluss des Parteivorstandes
Antrag G.06.	zur Beteiligung an Bundes- und Landesregierungen	DIE LINKE. Kreisverband Göttingen	Beschluss: Die im Antrag aufgeführten Forderungen werden Diskussionspunkte der vom Parteivorstand organisierten Programmdebatte der Partei und werden an die Redaktionskommission überwiesen.
Antrag G.07.	Strategiedebatte	Landesvorstand der LINKEN Hessen, Landesvorstand der LINKEN Thüringen, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (Landesvorsitzende Hessen), Knut Korschewsky (Landesvorsitzender Thüringen) Ulrich J. Wilken (Landesvorsitzender Hessen)	Beschluss: Die im Antrag aufgeführten Forderungen werden Diskussionspunkte der vom Parteivorstand organisierten Programmdebatte der Partei und werden an die Redaktionskommission überwiesen.
Antrag G.07.03.	Strategiedebatte	BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	Beschluss: Die im Antrag aufgeführten Forderungen werden Diskussionspunkte der vom Parteivorstand organisierten Programmdebatte der Partei und werden an die Redaktionskommission überwiesen.
Antrag P.02.	Naziaufmärsche stoppen	Landesvorstand der LINKEN Sachsen, Evrim Baba, Christine Buchholz, Matthias W. Birkwald, Stefan Liebich, Bodo Ramelow u.a.	Beschluss: Dem Antrag wird zugestimmt.
Antrag P.03.	Mitbestimmung und Interessenvertretung für Beschäftigte von Bundestagsabgeordneten	Landesverband Niedersachsen	Beschluss: Der Antrag wird vom Parteivorstand mit zustimmendem Votum an die Bundestagsfraktion und an alle Landtagsfraktionen zur Prüfung überwiesen.
Antrag P.04.	Publikationskonzept der Partei DIE LINKE	BAG Rote Reporter/-innen	Beschluss: Die Bundesgeschäftsführung hat mit der Arbeit an einem integrierten (und weitgehend barrierefreien) Publikationskonzept begonnen, das die Onlinekommunikation, ein Mitgliedermedium und die Prüfung der Herausgabe eines Publikumsmediums umfasst. Der Parteivorstand wird sich im 1. Quartal 2011 mit einem Medien- und Publikationskonzept befassen.
Antrag P.04.01.	Publikationskonzept der Partei DIE LINKE	BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	Beschluss: Die Bundesgeschäftsführung hat mit der Arbeit an einem integrierten (und weitgehend barrierefreien) Publikationskonzept begonnen, das die Onlinekommunikation, ein Mitgliedermedium und die Prüfung der Herausgabe eines Publikumsmediums umfasst. Der Parteivorstand wird sich im 1. Quartal 2011 mit einem Medien- und Publikationskonzept befassen.
Antrag P.09.	Leiharbeit	Der DIE LINKE. Kreisverband Karlsruhe	Beschluss: Der Antrag wird an die Redaktionsgruppe Parteiprogramm überwiesen.

Antrag	Antragsheft	Eingereicht von	Beschluss des Parteivorstandes
Antrag D.01.	Umgang mit kulturellen Erbe der DDR	Lothar Bisky, Lukrezia Jochimsen, Petra Pau, Rosemarie Hein, Ida Schillen, Wolfgang Brauer, Agnes Alpers	Beschluss: Der Antrag wird in seinem Grundanliegen befürwortet. Die Partei DIE LINKE setzt sich auch über die im Antrag genannten Beispiele hinaus auf allen Ebenen für einen sorgsamen Umgang mit dem kulturellen Erbe der DDR und für die Erarbeitung von Konzepten für eine langfristige und nachhaltige Sicherung und Präsentation von kulturhistorisch bedeutsamer Kunst am Bau der jüngeren Zeit ein, die ihren historischen und institutionellen Kontext verloren hat. Auch wenn jetzt eine Lösung zur Rettung der beiden Wandbilder von Paris und Womacka in Berlin gefunden wurde, ändert das nichts an der Tatsache, dass von einem bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem Kunstbesitz und mit dem künstlerischen Erbe der DDR in diesen Fällen und wie wir wissen in vielen weiteren, keine Rede sein kann. Bis heute verschwinden im Rahmen von Abrissen, Neubauten und Privatisierungen von öffentlichen Gebäuden Zeugnisse der jüngeren Kunstgeschichte, insbesondere der Kunst der DDR, darunter Werke von hohem Rang. Dieser zu Teilen gedankenlosen, zu Teilen auch absichtsvollen Entsorgung von Zeitgeschichte muss Einhalt geboten werden.
Antrag D.02.	Nahost-Konflikt	Rim Farha, Ellen Brombacher, Uwe-Jens Heuer, Uwe Hixsch, Klaus Höpcke u.a.	Beschluss: Dem Antrag wird zugestimmt.
Antrag D.04.	Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo	Ulla Jelpke, Ruben Lehnert, Arne Brix, Ellen Brombacher, Thomas Hecker, Rim Farha u.a.	Beschluss: Dem Antrag wird zugestimmt.
Antrag D.06.	Völkermord an Armeniern	DIE LINKE. Kreisverband Gütersloh	Beschluss: Der Antrag wird an die Bundestagsfraktion mit Bitte um Prüfung weitergegeben.

Antrag:

G.08.

Antragstellerin: Teresa Maria Thiel (LV Berlin)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungen in der gesetzlichen Krankenkassenversicherung (GKV)

Die bisherigen prozentualen Beiträge in der GKV sollen sowohl für die Arbeitgeber, als auch für die Arbeitnehmer festgeschrieben werden.

Der beabsichtigte, zusätzliche „**flexible Beitrag**“, der zur Beseitigung des Verlustes/Unterdeckung in der jeweiligen Krankenkasse aufzubringen ist, soll weiterhin unter Beibehaltung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern aufgebracht werden.

Alternativ werden die Arbeitgeber verpflichtet, alleine den „flexiblen Beitrag“ aufzubringen, weil nur sie durch Rationalisierung, Produktivitätsfortschritt, Lohndumping und Personalabbau einen Erlösvorsprung erreichen.

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Begründung: Unter den Regierungen Schröder / Fischer (1998-2005) und Merkel / Steinmeier (2005-2009) wurden die von den Arbeitnehmern erkämpften Leistungsarten zuungunsten der paritätisch umlangefinanzierten GKV systematisch zugunsten von kapitalgedeckten Zusatzversicherungen abgebaut.

Ziel der Regierungen war und ist, Gesundheit als Produkt im finanzgetriebenen Kapitalismus zu etablieren und dem Finanzsektor Spekulationsmasse für das Casino zur Verfügung zu stellen. Wie bekannt, führten diese Spekulationen zum Zusammenbruch von Lehman, HRE, den Landesbanken und dadurch zur Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 und später zu den vom Steuerzahler zu zahlenden Milliardenbeihilfen des Staates für die Casino-Betreiber.

Die Regierung Merkel / Westerwelle (2009-2013) will laut Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2009 die Kopfpauschale für jeden Versicherten in der GKV stufenweise in kleinen Schritten über mehrere Jahre verteilt einführen.

Aktuell ist es so geplant:

7% zahlt der Arbeitgeber, wobei dieser Wert für die Zukunft festgeschrieben werden soll. 7% zahlt der Arbeitnehmer, wobei dieser Wert für die Zukunft festgeschrieben werden soll. Um die zukünftigen Kostensteigerungen in der GKV aufzufangen, sollen die Arbeitnehmer einen flexiblen Beitrag für die entstehende Unterdeckung/Verlust in der ihr angehörigen Krankenkasse zahlen.

Hinweis: Antrag zur Beschlussfassung auf den Bundesparteitag in Rostock im Mai 2010 und zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Einbringung in den Bundestag

Entscheidung des Parteitages:	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

Antrag:

G.09.

Antragstellerin: Teresa Maria Thiel (LV Berlin)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung

Die bisherigen prozentualen Beiträge in der Pflegeversicherung sollen sowohl für die Arbeitgeber, als auch für die Arbeitnehmer festgeschrieben werden.

Der beabsichtigte, zusätzliche **kapitalgedeckte Beitrag zur Pflegeversicherung**, der zur Beseitigung des Verlustes/Unterdeckung in der jeweiligen Pflegekasse aufzubringen ist, soll weiterhin unter Beibehaltung der Parität in der gesetzlichen Pflegeversicherung von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern aufgebracht werden.

Alternativ werden die Arbeitgeber verpflichtet, alleine den „flexiblen Beitrag“ zur Pflegeversicherung aufzubringen, weil nur sie durch Rationalisierung, Produktivitätsfortschritt, Lohndumping und Personalabbau einen Erlösvorsprung erreichen.

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Begründung: Die Regierung Merkel / Westerwelle (2009-2013) will laut Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2009 **zusätzlich!** zur gesetzlichen Pflegeversicherung eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung einführen.

Ziel der Regierungen war und ist, Gesundheit als Produkt im finanzgetriebenen Kapitalismus zu etablieren und dem Finanzsektor Spekulationsmasse für das Casino zur Verfügung zu stellen. Wie bekannt, führten diese Spekulationen zum Zusammenbruch von Lehman, HRE, den Landesbanken und dadurch zur Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 und später zu den vom Steuerzahler zu zahlenden Milliardenbeihilfen des Staates für die Casino-Betreiber.

Durch zusätzliche Beiträge einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer und Rentner ist schon jetzt die paritätische Finanzierung der Pflegeversicherung nicht mehr vorhanden.

Dieser Zustand soll weiter zu Lasten der Arbeitnehmer und Rentner verschlechtert werden.

Hinweis: Antrag zur Beschlussfassung auf den Bundesparteitag in Rostock im Mai 2010 und zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Einbringung in den Bundestag

Entscheidung des Parteitages:	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

Antrag:

P.05.

Antragsteller/innen: DIE LINKE. Kreisverband Steinfurt (Kreisvorstand)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Einrichtung eines Kampagnenteams

Der Parteivorstand richtet ein Kampagnenteam ein, das aus ein oder zwei erfahrenen „KampagnenmacherInnen“ und je nach Bedarf weiteren MitarbeiterInnen besteht.

Aufgabe des Kampagnenteams ist, nach Entscheidungen der Parteigremien aktuelle politische Kampagnen zeitnah zu entwickeln und öffentlichkeitswirksam umzusetzen. Außerdem erarbeitet dieses Team einen Aktions- und Kampagnenleitfaden für die Parteigliederungen und bietet regionale Schulungen für Kampagnenverantwortliche an.

Begründung: Die politische Handlungsfähigkeit der LINKEN hängt maßgeblich von ihrer außerparlamentarischen Kampagnenfähigkeit ab. Erfolge außerparlamentarischer Kampagnen wie z.B. von Greenpeace, der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung dokumentieren, wie auch ohne parlamentarische Mehrheiten Themen besetzt und gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht werden können.

Entscheidend für die Schlagkraft politischer Kampagnen ist ihre Zuspitzung, ihre Kommunikation und schnelles Reagieren auf aktuelle Herausforderungen. Es ist offensichtlich, dass DIE LINKE hier noch Nachholbedarf hat. Dieser muss erst recht überwunden werden, weil auch konkurrierende Parteien sich aktuell um Kampagnenfähigkeit bemühen. Außerdem braucht DIE LINKE eine starke handlungsfähige Parteistruktur als Ergänzung zu den parlamentarischen Aktivitäten.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:
Überwiesen an: _____
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____

Antrag:

P.08.

Antragsteller/innen: DIE LINKE. Kreisverband Gütersloh (Beschluss des Kreisvorstandes vom 29.03.2010)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Es wird sicher gestellt, dass Werbemittel, Fan-Artikel und Informationsschriften der LINKEN nur noch mit umweltfreundlich produzierten bzw. fair gehandelten Materialien hergestellt werden.

Begründung: Wiederholte Nachfragen bei Parteiveranstaltungen haben ergeben, dass die Verkäufer von besagten Fan-Artikeln nicht über Herkunft und Produktionsbedingungen besagter Produkte informiert waren.

DIE LINKE fühlt sich jedoch der Zielsetzung von Nachhaltigkeit und fairer Produktion verpflichtet - sie wird also keinerlei Materialien einsetzen, die in Billiglohnländern unter ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen produziert werden (Bsp. T-Shirts) oder bei deren Produktion die Umwelt belastet wird (Bsp. Give-Aways, Info-Material). Andernfalls würde sie sich unglaubwürdig machen.

<p>Entscheidung des Parteitages:</p> <p>Angenommen: <input type="checkbox"/> Abgelehnt: <input type="checkbox"/></p> <p>Überwiesen an: _____</p> <p>Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____</p> <p>Bemerkungen: _____</p>
--

Antrag:

D.03.

Antragsteller/innen: AG Studierendenpolitik Hamburg

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Der Parteitag möge beschließen:

Für die Abschaffung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen

Der Bundesparteitag der LINKEN ruft die SPD und die Grünen in Nordrhein-Westfalen auf, gemeinsam mit der LINKEN ihr Wahlversprechen wahrzumachen und die Studiengebühren abzuschaffen. Wir rufen alle drei Parteien auf, dem Beispiel des Hessischen Landtags zu folgen und unabhängig von künftigen Koalitionen noch vor der Neubildung einer Landesregierung die parlamentarische Mehrheit für ein gebührenfreies Studium zu nutzen und diesen notwendigen Schritt für eine emanzipatorische Entwicklung von Bildung und Wissenschaft zu gehen.

Die Rückgewinnung der Gebührenfreiheit bedeutet die soziale Öffnung der Hochschulen, produktive Muße für kritischen Gesellschaftsbezug in den Wissenschaften, eine Stärkung der demokratischen Entwicklung der Wissenschaftseinrichtungen und eine solidarischere Lernkultur.

Gerade in globalen Krisenzeiten müssen gegen die Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft Bedingungen dafür geschaffen werden, daß diese ihr emanzipatorisches Potential entfalten und verantwortungsvoll zu Problemlösungen und einer erfreulichen gesellschaftlichen Entwicklung beitragen können.

Mit einer positiven Entscheidung für die Gebührenfreiheit in Nordrhein-Westfalen werden nicht nur die Studienbedingungen und die humane Qualität von Bildung und Wissenschaft in diesem Bundesland verbessert, sondern auch der Druck auf die dann verbleibenden vier Bundesländer erhöht, endlich auch den politischen Unsinn der Studiengebühren zu beenden.

Begründung: Der Antrag erfüllt die Bedingungen eines Dringlichkeitsantrags, da sich der Anlaß für diesen - eine parlamentarische Mehrheit im Landtag von NRW für die Abschaffung der Studiengebühren - erst nach Antragschluß aus dem Wahlergebnis in NRW ergeben hat.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Antrag:

D.05.

Antragsteller/innen: Cuba Sí

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Der Parteitag möge beschließen:

Anlässlich des offiziellen Staatsbesuches des Präsidenten der Republik Ecuador, Rafael Correa, am 19. und 20. Oktober 2010 in Berlin organisiert DIE LINKE eine thematische Konferenz zum 200. Jahrestag des Beginns des Unabhängigkeits- und Befreiungskampfes der Völker Lateinamerikas. Sie bemüht sich dafür um die Zusammenarbeit mit den diplomatischen Vertretungen der ALBA-Staaten und der deutschen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung. In der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz bemüht sich der Parteivorstand um die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion, der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament und allen auf dem Gebiet der internationalen Solidarität tätigen Zusammenschlüssen der Partei und ihr nahestehenden Organisationen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Antrag:

D.09.

Antragsteller/innen: Fabio De Masi (LV Hamburg); Michael Schlecht (MdB, LV Ba-Wü) u.a.

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Der Parteitag möge beschließen:

Europa vor der Diktatur der Finanzmärkte schützen!

Ein Gespenst geht um in Europa: Die Finanzmärkte bedrohen die Demokratie. Staaten droht nach Bankenrettung und notwendigen Konjunkturprogrammen der Bankrott. Eine zweite Welle der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ertränkt die Hoffnungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner sowie der sozial Bedürftigen auf eine bessere Zukunft.

SpekulantInnen attackieren die Eurozone. Sie treiben die Zinsen auf Staatsanleihen hoch. Banken leihen sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) billiges Geld und verleihen es zu Wucherzinsen an Euro-Staaten. Die Banken machen Kasse, die Bevölkerung zahlt.

Bundeskanzlerin Merkel hat Griechenland schnelle Hilfe verweigert. Merkel hat dem Dauerfeuer der SpekulantInnen die Munition geliefert und die Risiken für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erhöht. Die Zocker konnten eine Party feiern und die Zinsen weiter in die Höhe treiben. Griechenland, die Wiege der europäischen Demokratie, wurde in die Knie gezwungen und in der Eurozone herrscht ein Flächenbrand.

Die Bundesregierung hat Griechenland im Konzert mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Euro-Zone Kredite über 110 Mrd. Euro gewährt, die Bundesregierung beteiligt sich mit 22,4 Mrd. Euro. Die Euro-Gruppe und der IWF haben darüber hinaus einen Euro-Rettungsfonds von 750 Mrd. Euro aufgelegt. Deutschland wird sich daran mit bilateralen Krediten von mindestens 123 Mrd. Euro beteiligen. Die Bundesregierung hat die Kredite an Lohnsenkungen und Sozialabbau geknüpft. Die Krise soll für eine weitere Enteignung der Bevölkerungsmehrheit in ganz Europa genutzt werden.

DIE LINKE. will die Demokratie gegen die Finanzmärkte verteidigen. Wir zahlen nicht für Eure Krise - weder hier noch in Europa. Banken und Vermögende zur Kasse.

Wir sind Griechen

Griechenland hat eine der ungleichsten Verteilungen der Einkommen in der EU. Die griechische Staatsquote sank seit dem Beitritt zur Eurozone dramatisch und lag seither selbst unter der deutschen Quote. Griechenlands Staat ist nicht zu fett, sondern zu schwach: Er nimmt zu wenig Steuern von Unternehmen und Reichen ein. Griechenland hat zudem hohe Rüstungsausgaben von über 4 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP).

Die Rechnung für die Krise soll die griechische Bevölkerungsmehrheit über schlechteren Kündigungsschutz, höhere Mehrwertsteuern, Rentenkürzungen, Entlassungen und Lohnverzicht bezahlen. Die Bundesregierung will damit die Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa weiter unter Druck setzen.

Sinkende Löhne sind eine wichtige Ursache der Wirtschaftskrise. Wenn die Menschen kein Geld in die Geschäfte tragen werden Unternehmen nicht investieren und Banken im Casino spekulieren. Das Sparprogramm über 13 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung mitten in der Krise wird Griechenland in die Rezession drücken und die Staatsverschuldung erhöhen. DIE LINKE lehnt einen Export der Agenda 2010 nach Europa ab.

DIE LINKE solidarisiert sich mit den Protesten der griechischen Bevölkerung. DIE LINKE fordert ein Stopp der Rüstungsexporte nach Griechenland.

Die Bundesregierung rettet Banken nicht Europa

Die Bundesregierung will nicht Europa retten sondern Banken. Deutsche Banken halten Staatsanleihen bedrohter Euro-Staaten über 500 Mrd. Euro. Sie verdienen an der Staatsverschuldung, die sie selbst mit verursacht haben. Die Bundesregierung hat die Chance vertan, die Banken an die Kette zu legen, die Finanzmärkte zu regulieren und der Eurozone eine neue wirtschaftspolitische Architektur zu verleihen.

CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fühlen sich den Banken und Versicherungen verpflichtet. Sie alle erhalten Spenden von mächtigen Unternehmen. Der Vorsitzende der Expertengruppe "Neue Finanzmarktarchitektur" der Bundesregierung, Ottmar Issing, ist internationaler Berater von Goldman Sachs. DIE LINKE. ist eine demokratische Erneuerungsbewegung und will die Käuflichkeit der Politik beenden:

DIE LINKE fordert ein Verbot von Parteispenden durch Unternehmen und Obergrenzen für Spenden durch Einzelpersonen. DIE LINKE kämpft für Millionen, nicht Millionäre.

Finanzmärkte regulieren, Spekulanten an die Leine

Hedge-Fonds und Banken wetten auf den Staatsbankrott von Euro-Staaten. Sie handeln mit Kreditversicherungen (Credit Default Swaps), auch wenn sie gar keine Staatsanleihen besitzen. Das ist so als würde ein Brandstifter eine Feuerversicherung auf das Haus des Nachbarn abschließen. Wenn es brennt, macht er Kasse. Diese "finanziellen Massenvernichtungswaffen" (Warren Buffet) gehören verboten.

Finanzminister Schäuble sammelt freiwillige Spenden der Banken. DIE LINKE. will die Risiken für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler begrenzen. Die privaten Banken müssen in die Pflicht genommen werden.

DIE LINKE fordert ein Verbot von Credit Default Swaps (CDS) sowie ein Schuldenmoratorium.

DIE LINKE. erneuert ihre Forderung nach einer echten Bankenabgabe nach US-Vorbild, einer Finanztransaktionssteuer sowie der Millionärssteuer. Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Euro reformieren – Vertrag von Lissabon überwinden

Die Euro-Krise beweist: DIE LINKE. hatte gute Gründe den Vertrag von Lissabon abzulehnen. Ein Vertrag der die Regulierung des Kapitalverkehrs untersagt, die wirtschaftspolitische Koordination der Eurozone verhindert und sich gegen die Interessen der Mehrheit der 490 Millionen Menschen in Europa richtet ist europafeindlich.

DIE LINKE. begrüßt, dass die EZB nun privaten und öffentlichen Banken Staatsanleihen von Euro-Staaten abkauft, um die Zinsen zu drücken.

DIE LINKE. fordert, dass die EZB auch ohne Umweg über die privaten Banken Euro-Staaten Kredite gewährt.

Ein permanenter Hilfsmechanismus für notleidende Währungspartner ist sinnvoll, jedoch nur wenn die Banken zahlen und die Euro-Zone reformiert wird. Ohne eine echte Reform der Euro-Architektur drohen weitere Schuldenkrisen:

Eine koordinierte Wirtschaftspolitik für Europa

Der Euro hat Wechselkursschwankungen zwischen den Währungspartnern beseitigt. Der Handel wird billiger und die EZB könnte niedrigere Zinsen gegen die Kapitalmärkte durchsetzen. Eine gemeinsame Währung ohne koordinierte Wirtschaftspolitik führt jedoch in die Sackgasse. Der Euro kann nur funktionieren, wenn die Löhne in der Eurozone nicht völlig auseinander laufen. Die Kritik der französischen Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde sowie der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman an den deutschen Billiglöhnen ist berechtigt: Die Lohnstückkosten stiegen im Rest der Eurozone seit 2000 um 27 Prozent, in Griechenland um 28 Prozent aber in Deutschland nur um 7 Prozent. Schuld sind unter anderem die Agenda 2010, Leiharbeit, Befristungen und Hartz IV. Deutschland hat wegen seiner Billiglöhne mehr Waren und Dienstleistungen an das Ausland verkauft als umgekehrt. Unsere EU-Partner mussten sich daher immer stärker bei uns verschulden. Für diese Auslandsschulden von privaten Haushalten und Unternehmen haftet in der Krise der Staat. Lohndumping schadet aber auch Deutschland: Die deutsche Wirtschaft wuchs seit 1999 durchschnittlich um 0,8 Prozent gegenüber 1,4 Prozent Wachstum in der Eurozone oder 1,5 Prozent in Frankreich.

DIE LINKE fordert eine demokratische Wirtschaftsregierung für Europa. Die EU braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, der die Mitgliedstaaten auf einen ausgeglichen Außenhandel verpflichtet.

Deutschland muss mehr für die Binnennachfrage tun, etwa durch den Mindestlohn von 10 Euro sowie öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, Verkehr, Gesundheit, die Energiewende und 2 Millionen gute Jobs über 100 Mrd. Euro jährlich.

Eine gemeinsame europäische Anleihe würde die Zinsen für notleidende Euro-Staaten zudem deutlich senken. Die Bundesregierung besteht aber bislang auf bilateralen Krediten, um Lohnsenkungen und Sozialabbau sowie Wucherzinsen für EU-Partner durchzusetzen.

DIE LINKE. fordert Euro-Anleihen, um die Zinsen zu senken

Unternehmen und Reiche plündern den Staat

Der Vertrag von Lissabon fördert Steuerdumping. Europaweit und auch in Griechenland zahlen große Konzerne und Reiche zu wenig Steuern. Die effektiven Steuern auf Gewinne und Vermögen in Griechenland entsprechen mit 16 Prozent nur etwa der Hälfte des Durchschnitts der Eurozone.

Eine Verschärfung des „dummen Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ (Romano Prodi) lehnt DIE LINKE ab. Die Krise der

Staatsfinanzen ist in erster Linie eine Krise der Kosten der Banken- bzw. Wirtschaftskrise, des EU-weiten Steuerdumpings sowie der hohen Auslandsverschuldung durch die Ungleichgewichte im europäischen Handel.

DIE LINKE fordert eine Mindestbesteuerung von Unternehmen, hohen Einkommen und Vermögen in Europa.

DIE LINKE ist die Partei der europäischen Erneuerung und der wirtschaftlichen Vernunft. Wir wollen die Diktatur der Finanzmärkte brechen und die Demokratie wieder herstellen.

DIE LINKE hat dem IWF/EU-Paket für Griechenland nicht zugestimmt, weil es weder die Banken zur Kasse bittet noch die Spekulanten entwaffnet. DIE LINKE lehnt aus denselben Gründen das vorliegende EURO-Rettungspaket ab. Banken und Spekulanten zur Kasse! Wir zahlen nicht für eure Krise!

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Antrag:

G.06.

Antragsteller/innen: DIE LINKE. Kreisverband Göttingen (Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 17.03.2010)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag der LINKEN in Rostock im Mai 2010 spricht sich für die Beteiligung an Bundes- oder Landesregierungen aus, wenn unsere Partei damit zur Mobilisierung der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, zu realen Verbesserungen ihrer Lage und zur Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse beitragen kann.

Der Bundesparteitag stellt fest, dass diese Ziele in Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen derzeit nicht verwirklicht werden können, weil diese Parteien an den Hartz-Gesetzen, an der Privatisierung von öffentlichem Eigentum sowie an Auslandseinsätzen der Bundeswehr festhalten und auf Bundes- ebenso wie auf Landes- und Kommunalebene den Interessen des Kapitals verpflichtet sind.

Die Erfahrungen mit solchen Regierungen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und der Koalitionsvertrag in Brandenburg beweisen, dass die LINKE damit die Verantwortung für zusätzlichen Sozial- bzw. Stellenabbau übernehmen und die Glaubwürdigkeit unserer Wahlversprechen beschädigen würde.

Die LINKE lehnt daher die Beteiligung an Regierungen mit Parteien, die Sozial- und Stellenabbau betreiben, ab.

Um Politik im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen zu machen und unsere Partei weiter aufzubauen, muss DIE LINKE aktiv an Protesten in den Betrieben und auf der Straße teilnehmen. Dort ist unser Platz. Nicht in Regierungen an der Seite der Hartz-IV-Parteien SPD und Grüne.

Das gilt auch für eine pauschale, vertragliche Tolerierung von rotgrünen Regierungen. An der LINKEN wird die Ablösung von Rüttgers oder anderen CDU-geführten Regierungen nicht scheitern. Die Maßnahmen von rotgrünen (Minderheits)regierungen werden wir aber nur dann innerhalb und außerhalb der Parlamente unterstützen, wenn sie - wie z.B. die Abschaffung der Studiengebühren - tatsächlich im Interesse von Lohnabhängigen, Rentnern oder Jugendlichen liegen.

Dies entspricht dem "kollektiven Wortbeitrag" des niedersächsischen Landesverbandes, der "bei Regierungsbeteiligungen die Einhaltung folgender Grundsätze verbindlich festlegen will:

- Keine Beteiligung am Sozialabbau
- Kein Abbau tariflicher Beschäftigung
- Keine Beteiligung an der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge
- Keine Zustimmung zu den Kriegseinsätzen der Bundeswehr"
- Keine Zustimmung zu Atomkraftwerken sondern Nutzung erneuerbarer Energien
- Keine Abschiebung von Flüchtlingen

Entscheidung des Parteitages:	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

Antrag:

G.07.

Antragsteller/innen: Landesvorstand der LINKEN Hessen (Beschluss vom 27.03.2010),
Landesvorstand der LINKEN Thüringen (Beschluss vom 31.03.2010), **Heidemarie Scheuch-
Paschkewitz (Landesvorsitzende Hessen), Knut Korschewski (Landesvorsitzender Thüringen)
Ulrich J. Wilken (Landesvorsitzender Hessen)**

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Kurs halten – entschieden und glaubwürdig für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Programmdiskussion und politisches Handeln – gemeinsam und miteinander

DIE LINKE steht vor großen Herausforderungen. Auf uns ruhen, wie die Wahlen zum Deutschen Bundestag 2009 gezeigt haben, die Hoffnungen von Millionen Menschen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Interessen, Sorgen und Nöte der Menschen zum Maßstab und Ziel unserer Politik zu machen. Die seit November 2009 regierenden Parteien CDU/CSU und FDP haben ihre neoliberalen Angriffe insbesondere auf die Schwächsten in der Gesellschaft weiter verschärft. Demgegenüber wollen wir die Vorherrschaft des Neoliberalismus brechen und durch die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Solidarität ersetzen.

DIE LINKE steht zugleich vor der Herausforderung, als gesamtdeutsche Partei zusammenzuwachsen. Wir sind eine junge Partei, und doch wirken sich die Vielfalt unserer unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichte, der unterschiedlichen Bedingungen unseres konkreten politischen Wirkens stärker aus, als wir es bei Gründung der LINKEN vorausgesehen haben. Unsere innerparteilichen Kontroversen sind ein Ausdruck für diese Situation. Die Landesverbände und die verschiedenen Strömungen in unserer Partei suchen nach Antworten, um den Herausforderungen vor denen DIE LINKE steht, gerecht zu werden. Das ist legitim und notwendig. Aber Antworten kann DIE LINKE nur in ihrer Gesamtheit finden. Hierfür brauchen wir die Programmdebatte: Offen und transparent, in der Sache, wo erforderlich, hart, gegenüber den Mitsuchenden jedoch fair. So wird unsere Programmdiskussion auch für die Gesellschaft einladend sein. Verkommt die Programmdebatte jedoch zu einem Machtkampf der unterschiedlichen Strömungen und Ideologien, dann wäre nicht nur sie, sondern auch DIE LINKE gescheitert.

Jetzt muss sich zeigen, dass Die LINKE nicht das Projekt einzelner prominenter Personen ist, so wichtig diese für ihr Gelingen waren und auch weiterhin sein werden. DIE LINKE war und ist die politische Antwort auf die gesellschaftlichen Zustände und Widersprüche, auf die Verschärfung der sozialen Gegensätze, die Militarisierung der Außenpolitik und die Menschenfeindlichkeit des Neoliberalismus.

1. Kapitalismus und Krise

Mitten in der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise kämpfen Beschäftigte, Gewerkschaften und soziale Bewegungen täglich gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialabbau – unter verschärften Bedingungen, weil die Krise die Bedingungen für Arbeitskämpfe verschlechtert hat. Zugleich wächst die Kritik an den neoliberalen Parteien CDU, SPD, FDP und Grünen, die sich nach wie vor weigern, die Strukturen zu verändern, die in die Krise geführt haben.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung nehmen im ganzen Land zu. Auch ohne weiteren Sozialabbau ist ein Punkt erreicht, an dem die tägliche Zerstörung der Lebensgrundlagen für Beschäftigte, Erwerbslose und Arme unerträglich geworden ist. Druck am Arbeitsplatz, Druck auf Ämtern, Druck in Schulen und Hochschulen, fehlende öffentliche Unterstützung, unzureichende Einkommen höhlen die Menschen und ihre alltägliche Widerstandskraft aus. Mit Schikanen und Einschüchterungsversuchen gegen Beschäftigte und Erwerbslose werden soziale und demokratische Rechte abgebaut oder eingeschränkt. Die rassistische Hetze von Thilo Sarrazin und die Diffamierung von Langzeitarbeitslosen durch ihn,

Roland Koch und Guido Westerwelle sind nur Beispiele dafür, dass versucht wird, die Wut der Schwachen und Unzufriedenen auf die noch Schwächeren der Gesellschaft umzulenken. Dagegen kämpfen wir solidarisch mit den Betroffenen.

In der Arbeitsmarktpolitik steht eine neue Phase des Kahlschlags bevor. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und FDP mit der Einführung der Kopfpauschale und der Entlassung der Arbeitgeber aus der Finanzierung der Krankenversicherung nicht weniger als die Zerstörung des solidarischen Gesundheitssystems als Ziel festgeschrieben. Die bildungspolitische Benachteiligung der Kinder von Migrantinnen und Migranten, Armen, Alleinerziehenden, Nichtakademikerinnen und Nichtakademikern ist skandalös. Anstatt von sozialen und öffentlichen Bedarfen auszugehen, wird zuerst der Finanzrahmen immer niedriger gesetzt und dann werden die Ausgaben „gedeckelt“.

Die Tatsache, dass die SPD bis zuletzt diese Politik mit voran getrieben hat, hat sie die politische Glaubwürdigkeit gekostet. Die SPD gehört zu den Hauptakteuren dieser neoliberalen Politik, die sie gleichzeitig mit sozialen Lippenbekenntnissen zu bemänteln versucht. Noch in den letzten Monaten hat die SPD die Schuldenbremse mit abegesen und die Absenkung des Bundesanteils an den Wohnungskosten für Hartz-IV-Bezieher beschlossen. Eine Abkehr der SPD von Agenda 2010, Hartz-Gesetzen, Rente mit 67 und Auslandseinsätzen der Bundeswehr findet nicht statt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt die Umverteilung von unten nach oben fort und bedient die Interessen der Reichen. Steuergeschenke für Hotelbesitzer gegen Bezahlung, Einführung der Kopfpauschale bei den Krankenkassen, Truppenaufstockung in Afghanistan, Abbau der Entwicklungshilfe kennzeichnen den Kurs der Regierung Merkel-Westerwelle. Die Laufzeiten von AKWs sollen verlängert werden, damit die Profite der großen Energiekonzerne weiter steigen. Die nächste Runde beim Sozialkahlschlag wird für die Zeit nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vorbereitet. Roland Koch und Guido Westerwelle hetzen gegen Hartz IV Bezieherinnen und Bezieher. Die Arbeitslosigkeit steigt und nicht nur Schlecker zwingt Beschäftigte durch Leiharbeit zu Armutslöhnen. Banken und Finanzinvestoren haben das Casino wieder eröffnet. Obwohl sie die Krise verursacht haben, fahren sie schon wieder Milliarden-Gewinne ein, während Städte und Gemeinden vor der Zahlungsunfähigkeit stehen.

2. Politik und Gesellschaft verändern

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt das Versagen des Kapitalismus und das Scheitern seiner neoliberalen Heilsversprechen. Dennoch gelingt es den Herrschenden, die Kosten der Krise auf die Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Doch schien der entfesselte Kapitalismus in den letzten Jahren alternativlos zu sein, so gibt es jetzt wieder eine denkbare Alternative: eine solidarische und demokratische Gesellschaft.

Die herrschende Politik regiert in allen zentralen Fragen gegen die Mehrheit der Bevölkerung. In vielen Fragen vertritt DIE LINKE bereits heute Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung:

- Während die Bundesregierung mehr Truppen nach Afghanistan schickt, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung es ab, die Bundesrepublik am Hindukusch zu verteidigen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ablehnt. Die deutschen Soldaten gehören raus aus Afghanistan!
- Armutslöhne, sei es bei Schlecker oder anderswo, sind in der Bundesrepublik für unzählige Lohnabhängige bittere Realität. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Leiharbeit und Dumpinglöhnen Tür und Tor geöffnet und eine Rutschbahn der Löhne ausgelöst „Von Arbeit muss man leben können“ ist nach wie vor die Losung der LINKEN. Der gesetzliche Mindestlohn – in vielen europäischen Ländern Standard – muss durchgesetzt werden. Die Gewerkschaften sind schon seit langem unser Bündnispartner im Kampf um den Mindestlohn, nun gilt es dieses Bündnis zu verbreitern und gesellschaftlichen Druck auf die Arbeitgeberverbände und die Regierungskoalition zu entfalten. Jetzt bewegen sich auch SPD und Grüne, weil der Druck von links wirkt.
- Im Agenda-Jahr 2010 rückt die Hartz IV-Gesetzgebung wieder ins Rampenlicht der politischen Debatte. Die Kritik der LINKEN, der Gewerkschaften und der Erwerbslosenverbände zeigt Wirkung. So rücken ehemalige Verfechter rhetorisch von Hartz IV ab. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers tut es, um die Wahl zu gewinnen, und Familienministerin von der Leyen will mit einer Begriffsänderung die Union für neue Wählerinnenschichten öffnen. Es wird gefordert, das Gesetz zu überarbeiten. Aber eine Überarbeitung reicht nicht. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz und gehört abgeschafft.
- Auch in die Rentendebatte ist Bewegung geraten. Die anderen Parteien haben nicht nur die gesetzliche Rentenversicherung geschleift, sie haben mit der Privatisierung des Rentensystems den Finanzspekulationen in diesem Bereich den Weg geebnet. Die Forderung der LINKEN, die Rente mit 67 zurückzunehmen, wird zunehmend populärer.
- Gegen den gesundheitspolitischen Kahlschlag von CDU und FDP zeichnet sich eine breite Ablehnung durch Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Organisationen, das globalisierungskritische Netzwerk attac, aber auch durch SPD und Grüne ab. DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit der Forderung nach einer echten Bürgerversicherung für eine radikale solidarische Alternative auch zum bestehenden Gesundheitssystem eintritt. Wir wollen eine Solidarische Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle Beiträge einzahlen, zu deren Berechnung alle Einkünfte, auch die aus Spekulationen, ohne Bemessungsgrenze herangezogen werden. DIE LINKE wird sich an entstehenden Bündnissen gegen den gesundheitspolitischen Kahlschlag beteiligen. Wir werden offensiv für unsere Alternative einer Solidarischen Bürgerversicherung werben.
- Bund und Länder haben mit ihren Steuerbeschlüssen mit dazu beigetragen, den Kommunen die finanzielle Basis zu entziehen. Zunehmend werden Aufgaben der Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. DIE LINKE fordert eine Finanzausstattung der

Kommunen, mit der deren politische Handlungsfähigkeit wiederhergestellt wird. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige soziale Einrichtungen oder Bildungsinvestitionen nicht an fehlendem Geld, sondern an einer Politik scheitern, für die die kapitalhörigen Parteien verantwortlich sind.

Mit diesen Themen ist DIE LINKE erfolgreich. Diese Themen betreffen die Menschen und erreichen deshalb ihre Herzen und Köpfe. Die konsequente Ablehnung von Kriegen, Hartz IV und der Agenda 2010 ist Alleinstellungsmerkmal der LINKEN und die Grundlage unseres politischen Erfolgs. Es sind diese Inhalte, weshalb so viele Menschen unsere Politik unterstützen. DIE LINKE steht fest an der Seite der Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten. Sie kämpft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Sie ist die Antikriegspartei und die Partei des demokratischen Sozialismus. Deshalb wird sich DIE LINKE an keiner Regierung beteiligen und keine Regierung tolerieren, die sich an Kriegen beteiligt, Privatisierungen, Sozial- und Arbeitsplatzabbau weiter voran treibt oder einen weiteren Abbau der demokratischen Rechte vornimmt. Die Frage der Regierungsbeteiligung oder -tolerierung wird ein wichtiger Diskussionspunkt in der jetzt beginnenden Programmdebatte sein.

Wir wissen, dass es ohne starke Gewerkschaften keine wesentlichen Veränderungen geben wird. Wir pflegen einen effektiven, konstruktiven und solidarischen Dialog mit den Gewerkschaften, der auch Kritik beinhaltet. Gewerkschaften sind die entscheidende Kraft, die im Interesse der abhängig Beschäftigten positiv auf die gesellschaftlichen Bedingungen Einfluss nehmen kann. Durch ihre betriebliche Verankerung können sie dies auch in den Betrieben und Verwaltungen zur Geltung bringen. Notwendiger denn je wird sein, dass die Gewerkschaften ihr politisches Mandat wahrnehmen und sich aktiv in die gesellschaftliche Debatte und Auseinandersetzung einbringen.

Immer mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind Mitglied der LINKEN. Das eröffnet neue Möglichkeiten für die Verankerung unserer Inhalte in den Betrieben und für breite Bündnisse zur Durchsetzung unserer Forderungen. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche darf nicht vor dem Betriebsrat halt machen. Das Recht auf den politischen Streik ist unsere Antwort auf die ökonomische und politische Macht der Konzerne und Unternehmen. Starke Gewerkschaften sind eine wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Wir wollen weitere aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Partei DIE LINKE gewinnen.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Eigentumsfrage stellt. Wir fragen nach den Macht- und Herrschaftsverhältnissen im real existierenden Kapitalismus und suchen nach Wegen, diese von Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnete Gesellschaftsordnung zu überwinden. Wir stellen uns der Aufgabe, hier und heute um Verbesserungen der Lebensverhältnisse zu kämpfen und dies mit der Perspektive einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft zu verbinden. Noch immer gilt: „Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

Gerade die Krise des Kapitalismus (mitsamt dem Finanzkapitalismus) zeigt: Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie muss wieder auf die politische Tagesordnung. Als demokratische Erneuerungsbewegung plädieren wir dafür, die großen Energiekonzerne, die Banken und die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Staatliche Hilfen für Banken und Konzerne darf es nur im Austausch geben – gegen öffentliche Kontrolle und gegen Eigentumsanteile. Öffentliches Eigentum muss zugleich demokratisiert werden. Öffentliches Eigentum trägt Verantwortung für eine ökologische und soziale Veränderung der Produktions- und Lebensweisen. Die Debatte um Verstaatlichung und Vergesellschaftung ist eine Zukunftsdebatte, die dringend geführt werden muss. Dabei müssen auch Modelle von Mitarbeitergesellschaften entwickelt werden. Bund und Länder müssen Fonds bereitstellen, aus denen Bürgschaften geleistet werden können, wenn Belegschaften ihren gefährdeten Betrieb übernehmen wollen, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Genossenschaftliche Wirtschaftsformen müssen öffentlich unterstützt werden.

Die Eigentumsfrage ist die Grundfrage der Demokratie. Eine ungerechte Vermögensverteilung führt zu undemokratischen Machtstrukturen. DIE LINKE wirft als einzige politische Kraft die Frage auf, was wem warum gehört. Wir wollen eine Gesellschafts- und Rechtsordnung, in der das Eigentum denen zugesprochen wird, die es erarbeitet und geschaffen haben.

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wird unverändert fortgesetzt. Die Streichung der Förderung erneuerbarer Energien und die Verlängerung der AKW-Laufzeiten stellen dabei nur den Anfang dar. Nur eine Gesellschaft, die sich von wirtschaftlichem Wachstumszwang und Profitfetischismus verabschiedet, kann die Lebensgrundlagen für alle Menschen sichern. Wer ökologische Fragen primär unter dem Gesichtspunkt des Gewinnstrebens behandelt, hat kein Interesse an einer nachhaltigen Politik. Wir werden gemeinsam mit den sozialen Bewegungen für einen sozial-ökologischen Wandel kämpfen. Der Umstieg auf eine nachhaltige Energiegewinnung und der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie sind unabdingbare Grundlagen unserer Politik. Die Sicherung der Lebensqualität aller Menschen muss im Mittelpunkt der Politik stehen.

Für DIE LINKE ist grundlegend, dass die materielle Teilhabe eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für gesellschaftliche Entfaltung darstellt. Dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft stellt sie das entschiedene Eintreten gegen patriarchale Unterdrückung und gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus zur Seite. Alle Menschen sollen gleichberechtigt das gesellschaftliche Leben gestalten können. Freiheit und Gleichheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und persönlichen Entwicklungschancen ist dabei unser emanzipatorisch-gesellschaftsveränderndes Ziel.

Soziale Not und gesellschaftliche Ungleichheit bieten einen Nährboden für nationalistische und faschistische Gesellschaftsmodelle. Die LINKE wendet sich energisch gegen undemokratische und faschistische Politik und tritt, anknüpfend an den Erfolg von Dresden, dafür ein, den faschistischen Aufmärschen breit und entschlossen entgegen zu treten; DIE LINKE setzt sich mit rechten Ideologien auseinander, doch darüber hinaus gehören neofaschistische Organisationen verboten. Faschismus ist keine Weltanschauung, sondern ein Verbrechen.

Um Politik und Gesellschaft zu verändern, sucht DIE LINKE nach Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern. Wir sind aktiver Teil in sozialen Bewegungen, in den Gewerkschaften, in den Betrieben, in der Friedens- und Umweltbewegung und in der vielfältigen Bewegung für internationale Solidarität. Wir stehen im Austausch mit kritischen Intellektuellen. Wir verbünden uns mit anderen Gruppen im Kampf gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie und Neofaschismus. Überall dort, wo sich die Menschen für ein gutes Leben einsetzen, ist DIE LINKE präsent; wir sind offen für die Impulse aus der Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen Kräften und als aktiver Motor streitet DIE LINKE für eine Hegemonie der Solidarität. Dafür schmieden wir gesellschaftlich wirksame Bündnisse mit dem Ziel, Menschen für gesellschaftliche Veränderung zu mobilisieren.

DIE LINKE kämpft um gesellschaftliche Mehrheiten. Wenn auf dieser Grundlage ein Politikwechsel für Frieden und soziale Gerechtigkeit mit parlamentarischen Mehrheiten möglich ist, beteiligt sich DIE LINKE an Regierungen, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. In Hessen ist der rotgrüne Koalitionsvertrag, der leider nicht zum Einsatz kam, ein Beleg dafür, was unter Tolerierung der LINKEN möglich wäre: z.B. Abschaffung der Studiengebühren, Stopp von Sozial- und Stellenabbau, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherte, tarifvertragliche Arbeitsverhältnisse, längeres gemeinsames Lernen. In vielen Fragen vertreten wir die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Es ist daher nicht die Frage, ob DIE LINKE regierungsfähig ist. Die Frage ist, ob andere Parteien jenseits von rhetorischen Lippenbekenntnissen für einen solchen Politikwechsel zur Verfügung stehen. Wer unter Regierungsfähigkeit jedoch versteht, Kriegseinsätzen und Sozialabbau zuzustimmen und Freiheitsrechte einzuschränken, dem sei gesagt: Dafür steht DIE LINKE nicht zur Verfügung.

3. Die Neugründung der LINKEN – Ein erfolgreiches Projekt

Das hat es bisher noch nicht gegeben: zwei Quellparteien, PDS und WASG, dazu Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Aktivistinnen und Aktivisten aus vielfältigen sozialen Bewegungen, Erwerbslose, aber auch Besserverdienende, denen es unerträglich ist, in einer sozial tief gespaltenen Gesellschaft zu leben, gründeten gemeinsam eine neue politische Formation. Eine linke Partei, die verschiedene linke Vorstellungen, Traditionen, Strömungen und Meinungen einigend zusammenbringt und den zerstörerischen Kräften des marktradikalen Neoliberalismus Paroli bietet.

Nach nur zwei Jahren hat dieses Projekt die politische Landschaft grundlegend verändert. DIE LINKE ist ein wirkungsvoller politischer Faktor in diesem Land. Für Tausende neue Mitglieder ist sie heute politische Heimat. Millionen Wählerinnen und Wähler schenken der Partei ihr Vertrauen. In sechs ostdeutschen und sechs westdeutschen Landtagen und in vielen Kommunalvertretungen ist DIE LINKE vertreten. Die LINKSFRAKTION im Bundestag ist stark wie nie. Europaweit blicken Linke erwartungs- und hoffnungsvoll auf die Partei DIE LINKE. Wir sind ein erfolgreiches Projekt.

DIE LINKE ist kein Selbstzweck, weder für ihre Mitglieder noch für ihre Wählerinnen und Wähler: Wir haben sie gegründet, um Menschen Stimme, Hoffnung und Kraft zu geben. Unsere Stärke liegt in der konsequenten Interessenvertretung – auf der politischen Ebene und ganz praktisch vor Ort. Keine andere Partei bietet Konzepte an, die einen landes- und bundespolitischen Ausweg aus den sozialen Missständen weisen. Dieses Profil müssen wir schärfen, um weiter zu wachsen und unsere Verankerung in den Stadtteilen, bei Beschäftigten, Erwerbslosen, sozial Benachteiligten, Initiativen, Bewegungen, Gewerkschaften weiter zu steigern.

Dies ist nur möglich, wenn wir mehr werden und das weiterentwickeln, was DIE LINKE bisher stark gemacht hat: Politikentwicklung zusammen mit den Betroffenen, Pluralität und kritische innerparteiliche Diskussion, politische Initiative und das Bemühen um eine solidarische Kultur, die Selbstzufriedenheit, „Männerkulturen“ und Abschottung überwindet. DIE LINKE will Menschen ermutigen, sich gegen menschenunwürdige Zustände zu wehren, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Aus dem Superwahljahr 2009 ist DIE LINKE bundesweit gestärkt hervorgegangen, weil uns insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Erwerbslose ihr Vertrauen gegeben haben und damit an die Politik der LINKEN hohe Maßstäbe anlegen und große Erwartungen mit uns verbinden. Gleichzeitig verschlechtern die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise und die neue Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesellschaft. Dem müssen wir uns stellen, parlamentarisch, vor allem aber außerparlamentarisch.

Viele Menschen haben der Politik und den Politikerinnen und Politikern ihr Vertrauen entzogen. Die Nichtwähler sind inzwischen bei Wahlen die größte Gruppe. Der LINKEN ist es bislang nicht gelungen, den Großteil dieser von der Politik Enttäuschten von ihrer Glaubwürdigkeit zu überzeugen, obwohl uns viele von ihnen mit Sympathie beobachten. Um sie zu überzeugen, müssen wir bei unseren politischen Positionen Kurs halten, aktive Partner in betrieblichen Kämpfen und Bürgerinitiativen sein und ihnen tatkräftige Hilfe, beispielsweise durch Sozialberatung, anbieten. Wir müssen beweisen: Bei uns gilt auch nach der Wahl, was wir vor der Wahl versprochen haben.

4. Veränderung der Veränderer

DIE LINKE hat sich mit dem Anspruch gegründet, eine neue politische Formation zu sein. Im Rucksack tragen wir die vielfältigen Erfahrungen der politischen Linken des 20. Jahrhunderts. Wir fühlen uns dem Erbe der Arbeiterinnenbewegung, der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Parteien verpflichtet. Wir wollen aus ihren Erfolgen, aber auch aus ihren bitteren Niederlagen und Fehlern lernen. Wir greifen die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Initiativen auf.

Vor diesem Hintergrund brechen wir mit alten Parteimodellen und erkennen Pluralität als lebensnotwendig für eine erneuerte Linke an. Innerparteiliche Strömungen haben dabei die Aufgabe, die inhaltliche Debatte der Partei zu bereichern und in der gemeinsamen für alle transparenten Auseinandersetzung die politischen Positionen weiterzuentwickeln – in der Sache hart

und im persönlichen Umgang kulturvoll. Reduzierten sich Strömungen auf das Durchsetzen von Personalentscheidungen, verabschieden sie sich von dieser notwendigen Funktion.

DIE LINKE ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die eine gleichberechtigte Vereinigung von Ost und West vollzogen hat. Aber der wirkliche Einigungsprozess steht noch aus. Zwischen Ost und West gibt es erhebliche Unterschiede, die sich auch in unserer Partei widerspiegeln, z. B. unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Lebensperspektiven und eine unterschiedliche Geschichte der Linken in Ost und West.

Im Osten ist DIE LINKE maßgeblich aus der PDS hervorgegangen. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag 1989 hat sie unwiderruflich mit dem Stalinismus als System gebrochen. Demokratischer Sozialismus ist für die Mitglieder der LINKEN im Osten Wertorientierung, Methode und Ziel unserer Politik. Als stärkste bzw. zweitstärkste politische Kraft in den neuen Ländern ist DIE LINKE in den großen und kleinen Städten und auch in vielen ländlichen Räumen, vor allem aber in der Breite der Bevölkerung gut verankert. Sie arbeitet mit der Vielfalt an Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften zusammen. Hieraus ergeben sich der Anspruch und die Herausforderung, linke Politik für die gesamte Gesellschaft zu formulieren, sie gegen neoliberale Politik in außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition, aber auch in Verantwortung, sei es auf kommunaler, sei es auf Landesebene durchzusetzen.

DIE LINKE in Ost und West betrachtet diese Politikentwicklung als ständigen Lernprozess und nicht als Durchsetzung einer „richtigen Linie“. Unsere Unterschiede können wir nicht einfach per Mehrheitsbeschluss zur Seite schieben. Durch verstärkten politischen und persönlichen Austausch und gegenseitige Lernbereitschaft, inhaltliche Konferenzen im Rahmen der Programmdebatte und vor allem politische Aktionen werden wir mehr Gemeinsamkeit schaffen, weil wir gemeinsame Grundlagen haben.

Als Teil der europäischen LINKEN sehen wir Europa als einen Raum des demokratischen Widerstandes und des Protestes gegen neoliberale Politik. Wenn wir Europa noch stärker als Möglichkeit verstehen, eine Politik des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Freiheiten zu entwickeln, wird DIE LINKE bei zukünftigen Wahlen zum EU-Parlament ihre vorhandenen Reserven erschließen.

Die Vielfalt unterschiedlicher Traditionen und Auffassungen in einer pluralen LINKEN ist eine große Herausforderung. Der Beweis, dass es gelingen wird, die innewohnenden Widersprüche produktiv zu nutzen und qualitativ weiterzuentwickeln, steht noch aus. Diesen Anspruch einzulösen, ist eine der zentralen Aufgaben der Parteientwicklung.

DIE LINKE ist angetreten, die Demokratie zu erneuern. Wer solche Forderungen an die Gesellschaft stellt, muss diese Maßstäbe auch auf sich selbst anwenden. Grundsatz muss sein: Über zentrale Fragen entscheiden die Mitglieder in Urabstimmungen. Dazu zählt insbesondere die Frage der Regierungsbeteiligungen.

Häufig wird behauptet, DIE LINKE hätte kein Programm. Das ist schlichtweg falsch. Die programmatische Grundlage der Partei bilden die „Programmatischen Eckpunkte“. Von der Mitgliedschaft in einer Urabstimmung beschlossen und vom Gründungsparteitag der LINKEN bestätigt, haben sie eine hohe demokratische Legitimation. Der Gestus der Eckpunkte muss in der Programmdebatte einen Widerhall finden. Differenzen und offene Fragen zu benennen, ist keine Schwäche, sondern eine Stärke, die unsere Politik verbessert und Glaubwürdigkeit erhöht.

Die Vielfältigkeit der Gesellschaft sollte sich in der Vielfältigkeit der Mitgliederstruktur der Partei wieder finden. DIE LINKE muss feministischer werden und um Frauen aktiv werben. Als Verfechter des Gleichheitsgedankens muss DIE LINKE mehr Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund für die politische Arbeit gewinnen. Auch Menschen mit Behinderungen, Schwule und Lesben finden bei der LINKEN ein Klima der Solidarität. Als Kämpferin für eine solidarische Zukunft ist für DIE LINKE die politische Diskussion mit Jugendlichen entscheidend. Ebenso ist die Lebenserfahrung älterer Genossinnen und Genossen für DIE LINKE unverzichtbar.

DIE LINKE ist starkem politischem Gegenwind ausgesetzt. Häme und Unwahrheiten, persönliche Diffamierungen und politische Fälschungen werden über Medien verbreitet. Originalaussagen der LINKEN sind eher selten – fehlende Berichterstattung über DIE LINKE eher üblich. Dennoch bleibt DIE LINKE eine offene Ansprechpartnerin für Journalistinnen und Journalisten. Innerparteiliche Debatten führen wir sachlich, aber kontrovers und selbstbewusst. Der Druck der Medien darf nicht zu Selbstzensur und zum Verzicht auf notwendige Debatten führen.

DIE LINKE wird von den wirtschaftlichen und politischen Eliten bekämpft, die von dieser Gesellschaftsordnung profitieren. Die Medien verbreiten mehrheitlich die Meinung der Herrschenden, denen sie ja auch gehören. Da privatwirtschaftliche Medien der LINKEN, solange sie konsequent die Interessen der sozial Ausgegrenzten vertritt, keine ausreichende Plattform bieten werden, ist es nötig, eine demokratische Gegenöffentlichkeit zu entwickeln. Nur so kann DIE LINKE den Kampf um die Deutungshoheit in der Gesellschaft für sich entscheiden. Die größte Stärke der LINKEN ist der direkte Kontakt zu den Menschen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Änderungsantrag: G.07.03.

Antragsteller/innen: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik (Beschluss der Mitgliederversammlung am 24.04.2010)

**Änderungsanträge an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock
zum Antrag G.07.**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag G.07.03.01.

Einfügung in Antragsheft 1, S. 35, Zeile 13:

Die bildungspolitische Benachteiligung der Kinder von Migrantinnen und Migranten, Armen, Alleinerziehenden, Nichtakademikerinnen und Nichtakademikern „**sowie von Kindern mit Behinderungen**“ ist skandalös.

Änderungsantrag G.07.03.02.

Einfügung in Antragsheft 1, S. 37, Zeile 122:

„**der emanzipatorischen Behindertenbewegung,**“

Änderungsantrag G.07.03.03.

Einfügung in Antragsheft 1, S. 38, Zeile 87:

Finden ein Klima der Solidarität „**und Platz für aktive Mitwirkung und Selbstvertretung.**“

Begründung: Die Umsetzung der seit März 2009 in Deutschland gültigen UN-Behindertenrechtskonvention ist eine wichtige Aufgabe in Bund, Ländern und Kommunen. Die Ermöglichung einer uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft, u.a. durch umfassende Barrierefreiheit, ein inklusives Bildungssystem sowie einkommen- und vermögensunabhängige Nachteilsausgleiche ist eine der zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Dies und die daraus resultierende Verantwortung der LINKEN hat der Parteivorstand am 17. Oktober 2009 mit seinem Beschluss 2009-99 (siehe Antragsheft 1, S. 70) bekräftigt und sollte sich auch in den Anträgen und Beschlüssen der 1. Tagung des 2. Parteitages niederschlagen.

Antrag:

P.02.

Antragsteller/innen: Landesvorstand der LINKEN Sachsen (Beschluss der Landesvorstandssitzung vom 26.03.2010), **Evrinm Baba, (MdA Berlin), Christine Buchholz (MdB Hessen, Geschäftsf. Parteivorstand), MatthiasW. Birkwald, (MdB Nordrhein-Westfalen), Ali Al Dailami (Parteivorstand, Sprecher der Lag Migration und Antirassismus Hessen), Steffi Graf (Parteivorstand, Die Linke.SDS), Harri Grünberg (BundessprecherInnenrat AG Frieden und Internationale Politik), Nicole Gohlke (MdB Bayern), André Hahn (MdL Sachsen), Uwe Hixsch (Sprecher Marxistisches Forum), Inge Höger (MdB Nordrhein-Westfalen), Andrej Hunko (MdB Nordrhein-Westfalen), Ulla Jelpke (MdB Nordrhein-Westfalen), Ralph Lenkert (MdB Thüringen), Stefan Liebich (MdB, Berlin), Niema Movassat (MdB Nordrhein-Westfalen, jugendpolitischer Sprecher des Parteivorstands), Hans-Jürgen Muskulus (Stadtvorsitzender DIE LINKE. Dresden), Petra Pau (MdB Berlin), Bodo Ramelow (MdL Thüringen), Michael Schlecht (MdB Baden-Württemberg), Ilja Seifert (MdB Sachsen), Kathrin Senger-Schäfer (MdB, Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz) Raju Sharma (MdB Schleswig-Holstein, religionspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE), Sabine Stüber (MdB Brandenburg), Azad Tarhan (Sprecher Linksjugend [‘solid] NRW), Alexander Ulrich (MdB, Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz), Kathrin Vogler (MdB, Nordrhein-Westfalen), Harald Weinberg (MdB Bayern), Dr. Silvia Wirth (Delegierte BAG Senioren), Janine Wissler (MdL Hessen), Luigi Wolf (Die Linke.SDS)**

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Naziaufmärsche stoppen!

Nach dem Erfolg in Dresden: Voraussetzungen für eine weitere Niederlage der Nazis in Dresden im Jahr 2011 schaffen

1. Am 13.02.2010 folgten mehr als 12.000 Menschen dem Aufruf des Bündnis Dresden-Nazifrei und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europaweiten Naziaufmarsch in Dresden. Das ist eine herbe Niederlage für die NPD, die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) und die ganze Naziszene in Deutschland.
2. DIE LINKE bewies durch praktisches politisches Handeln, dass sie ein verlässlicher Partner im antifaschistischen und antirassistischen Kampf ist. Widerstand durch zivilen Ungehorsam ist legitim. Das Erfolgsmodell von Dresden bestand in der Kombination aus einem breiten Bündnis und seiner Orientierung auf entschlossene Massenblockaden. Dieses Konzept könnte sich als Schlüssel erweisen, künftig auch an vielen anderen Orten Nazi-Aufmärsche zu verhindern.
3. Den Versuch der Kriminalisierung des antifaschistischen Protests in Dresden durch die Staatsanwaltschaft lehnen wir ab. Die Kriminalisierung in Dresden und die Einschüchterung von Schülerinnen und Schülern seitens der Polizei im Vorfeld der Blockade der Nazidemo in Duisburg sind ein Versuch der Konservativen, zivilen Ungehorsam gezielt zu delegitimieren. Allen Abgeordneten der LINKEN und allen Einzelpersonen, denen Strafen drohen, weil sie an den Blockaden teilgenommen haben, gilt unsere Solidarität. Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen die Blockiererinnen und Blockierer in Dresden.
4. DIE LINKE will an den Erfolg dieses Jahr anknüpfen und weiterhin im Bündnis Dresden-Nazifrei mitwirken. Unser Ziel ist es, weitere Bündnispartner aus Parteien, Gewerkschaften, Kultur, Kirchen, Verbänden von Migrantinnen und Migranten u.a. zu gewinnen und nächstes Jahr eine noch breitere Mobilisierung zu erreichen, die sich den Nazis entschlossen entgegenstellt.
5. DIE LINKE unterstützt die Konferenz des Bündnisses Dresden-Nazifrei zur Bilanz von erfolgreichen antifaschistischen Mobilisierungen und Herausforderungen für die weitere Arbeit vom 28.-30. Mai in Jena und die geplante Konferenz in Dresden im September 2010 für die Vorbereitung von Dresden 2011.

Begründung: Nach dem Erfolg von Dresden ist die Nazi-Gefahr nicht gebannt. Neben mehreren regionalen Aufmärschen dieses Jahr, konzentrieren sich die Nazis nun darauf, ihre diesjährige Niederlage in Dresden nächstes Jahr wettzumachen und ihre Reihen zu schließen, um den Aufmarsch nächstes Jahr durchzusetzen.

Für die Nazis war die Blockade des Naziaufmarsches in Dresden eine enorme Niederlage. Bis dahin war der Aufmarsch eine Erfolgsgeschichte für beide Pole der Nazibewegung: Die Kräfte um die NPD herum konnten mit ihrem „Trauermarsch“ an die Mehrheitsgesellschaft anknüpfen und bis weit in das rechtskonservative Milieu ausgreifen. Für die militanten Nazis um die Kameradschaften und die Freien Nationalisten war der Aufmarsch eine Machtdemonstration – immerhin konnten sie lange Jahre marschieren, ohne behindert zu werden, und zudem waren sie in den Jahren vor 2009 den Gegendemonstranten zahlenmäßig überlegen.

Die Blockade des Aufmarsches stellt für beide Pole der Naziszene eine bittere Niederlage dar. Die „Gemäßigten“ konnten diesmal kein Bild eines disziplinierten „Trauerzugs“ abgeben. Stattdessen ließen die Nazis ihrem Frust in gewaltsamen Spontandemonstrationen in Gera und Pirna und anderen Orten freien Lauf.

Für die militanten Kräfte stellte das stundenlange Warten ohne Aufmarsch ihre zentrale Macht- und Gewaltdemonstration in Frage. Denn die Aufmärsche stellen für die Militanten einen zentralen Sozialisierungsmechanismus dar. Der *Spiegel* vom 10. 11. 1986 schrieb dazu: „Massenaufmärsche gäben, so Hitler ‚den kleinen armseligen Menschen die stolze Überzeugung [...], als kleiner Wurm dennoch Glied eines großen Drachens zu sein‘, da unterliege er dem ‚zauberhaften Einfluss dessen, was wir mit dem Wort Massensuggestion bezeichnen““. Die Naziaufmärsche zeigen ihren Mitgliedern, wie mächtig sie sind, und dass sie auch als kleine Minderheit in der Lage sind, Macht auf der Straße auszuüben, Menschen zu verängstigen und zu terrorisieren.

Die Grundlage des antifaschistischen Erfolgs dieses Jahr lag in dem Aufbau eines Bündnisses, das zu Massenblockaden aufrief. Die massenhafte Bereitschaft tausender Menschen, sich auf den vorgesehenen Nazi-Routen hinzusetzen oder im Stehen zu blockieren und auch nach Aufforderung durch die Polizei auszuharren, war die Voraussetzung für erfolgreiche Blockaden. Effektiv konnte diese Taktik aber nur sein, weil die Blockaden politisch so breit unterstützt wurden, dass die polizeiliche Räumung einen so hohen politischen Preis beinhalten hätte, dass die Einsatzleitung sich im Endeffekt dafür entschied, die Nazidemonstration abzusagen.

Aufgabe der LINKEN ist es, am Erfolg von diesem Jahr anzuknüpfen und die Voraussetzungen für eine breite und entschlossene Mobilisierung im nächsten Jahr zu schaffen. Dazu möchten wir das Bündnis Dresden-Nazifrei weiterhin unterstützen und ausweiten.

<p>Entscheidung des Parteitages:</p> <p>Angenommen: <input checked="" type="checkbox"/> Abgelehnt: <input type="checkbox"/></p> <p>Überwiesen an: _____</p> <p>Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____</p> <p>Bemerkungen: _____</p>

Antrag:

P.03.

Antragsteller/innen: Landesverband Niedersachsen (Beschluss des Landesparteitages am 28.11.2009)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

**Einführung von Mitbestimmung und Interessenvertretung für alle Beschäftigten bei den Bundestagsabgeordneten
DIE LINKE**

Die Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sofort mit der ver.di Tarifverhandlungen zum Abschluss eines Tarifvertrages zur Wahl eines Betriebsrates der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei den Bundestagsabgeordneten angestellt sind, aufzunehmen und zügig zu einem Tarifabschluss zu kommen.

Begründung: Die LINKE setzt sich ein für Gute Arbeit. Da auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten abhängig beschäftigt sind, darf das Bemühen um Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen und für die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften nicht vor den Türen der Wahlkreisbüros und Abgeordnetenbüros halt machen. Bisläng gibt es für die direkt bei den Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion Beschäftigten keine Interessenvertretung. Anders bei den 116 Angestellten bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE. In der letzten Wahlperiode. Sie wählten nach Abschluss eines Tarifvertrages infolge „gemeinsamen Betriebes“ am 29.4.2008 mit der Bundestagsfraktion einen Betriebsrat auf Initiative der ver.di. Die damals etwa 200-300 bei den Abgeordneten direkt Beschäftigten blieben hierbei außen vor, da der Tarifvertrag für Sie – infolge anderer auf Sie zutreffender Gesetzeslage im Betriebsverfassungsgesetz, keine Geltung hat. Es gab lediglich in einigen Abgeordnetenbüros, wie in einem Kleinbetrieb, die Wahl einer Betriebsobfrau bzw. -obmannes.

Die Arbeitsbedingungen in den einzelnen Abgeordnetenbüros ähneln sich und ergeben sich auch aus der politischen gemeinsamen Zielsetzung der Partei DIE LINKE, die sie im Bundestagswahlprogramm zum Ausdruck bringt und für dessen Umsetzung die Tätigkeit der Beschäftigten erfolgt. Insofern ist die Beschränkung der Wahl der Interessenvertretung auf die Sichtweise und Rechtsmodalitäten der Betriebsratswahl in Kleinunternehmen nicht ausreichend, da die Arbeitswirklichkeit eine andere ist, und wesentlich durch Kooperation der Abgeordneten der LINKEN statt durch Konkurrenz geprägt ist.

In der letzten Legislaturperiode hatten die in der ver.di organisierten Beschäftigten auch eine Tarifkommission für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Abgeordneten gewählt. Diese hat einen Entwurf eines Tarifvertrages zur Wahl eines gemeinsamen Betriebsrates der direkt bei den Abgeordneten Beschäftigten ausgearbeitet. Der Inhalt wich aufgrund der Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes von dem Tarifvertrag, der für die Fraktionsmitarbeiter abgeschlossen wurde, notwendigerweise ab. Eine Mehrheit der Abgeordneten der LINKEN hatte kein Interesse am Abschluss eines Tarifvertrages.

Die verbliebene Minderheit von Abgeordneten, die gleichwohl einen Tarifabschluss befürwortete und auch eine Verhandlungsdelegation bestimmt hatte, die mit der ver.di-Tarifkommission Gespräche geführt hatte, erklärte daraufhin das Scheitern der Tarifgespräche.

Alle Bundestags-Abgeordneten werden nun aufgefordert, eine Einrichtung eines gemeinsamen Betriebs- oder Personalrates büroübergreifend für alle ihre Beschäftigten zu fördern und zu unterstützen.

Entscheidung des Parteitages:	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

Antrag:

P.04.

Antragsteller/innen: BAG Rote Reporter/-innen (Beschluss der Mitgliederversammlung der BAG Rote Reporter/-innen am 11. März 2010)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Publikationskonzept der Partei DIE LINKE

Der Parteivorstand entwickelt ein integriertes Publikationskonzept, das 1. den Internetauftritt, 2. ein Publikumsmedium und 3. ein Mitgliedermedium umfasst, und legt es der nächsten Tagung des Parteitags zum Beschluss vor.

Begründung: Ein integriertes Publikationskonzept ist ein wichtiges Standbein für einen strukturierten Aufbau der Partei. Im so genannten Superwahljahr 2009 hat die DIE LINKE einen Schritt nach vorn gemacht. Bedeutend sind vor allem die wachsende Verankerung der Partei in den westdeutschen Ländern durch den Einzug in sechs Landtage und der Zugewinn an Wählerstimmen. Die Verantwortung der Partei gegenüber ihren Mitgliedern und Unterstützern wächst.

Dem Ziel, das Land fühlbar zu verändern, ist DIE LINKE einen Schritt näher gekommen. Viele weitere Schritte müssen folgen, bis es erreicht ist. Die Herausforderungen sind groß: Wirtschaftskrise, Klimakrise, Krieg mögen als Stichworte reichen. Gerecht werden kann DIE LINKE diesen Herausforderungen nicht alleine, sondern nur durch gemeinsame Aktivität mit politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen.

Damit DIE LINKE die Kluft zwischen der großen politischen Zustimmung zu ihren Ideen (5.155.933 Wählerstimmen bei der Bundestagswahl) und ihrem realen gesellschaftlichen Einfluss (77.645 Mitglieder mit Stand vom 30. September 2009) schließen kann, müssen 1. aus Wählern Mitglieder werden und 2. aus Mitgliedern aktive Mitglieder. Gelingt dies nicht, droht der Partei eine Krise infolge nicht erfüllter Erwartungen.

Deshalb ist die politische Bindungskraft zwischen der Partei und ihrem Umfeld sowie innerhalb der Partei möglichst schnell zu verbessern. Neben anderen Instrumenten spielen Publikationen eine entscheidende Rolle für die direkte und unabhängige Kommunikation. Um diese Aufgabe schultern zu können, braucht die Partei ein angemessenes Publikationskonzept. Der Bereich Parteientwicklung sollte dauerhaft in die Entwicklung eingebunden werden, ebenso wie die BAG Rote Reporter/-innen, die jahrelange Erfahrung in der Konzeption vieler verschiedener Medien einbringen kann.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei kann eigene Medien nicht ersetzen, weil sie zur Veröffentlichung auf Partner angewiesen ist, die eigene Interessen verfolgen: die Redaktionen. In der jüngsten Vergangenheit ist das sehr gut zu beobachten gewesen: Während viele Medien Geschichten rund um den „Machtkampf“ in der LINKEN auf prominente Positionen hoben, fand die inhaltlich ausgerichtete gemeinsame Erklärung des geschäftsführenden Parteivorstands vom 18. Januar kaum noch Beachtung.

Die gut gestalteten Medien der Fraktionen können die Parteimedien ebenfalls nicht ersetzen, weil sie keine Werbung für Gliederungen der Partei machen dürfen. Die Medien der Fraktionen können die Medien der Partei aber ergänzen.

Es ist Aufgabe des Parteivorstands, ein intelligentes integriertes Publikationskonzept für DIE LINKE zu entwickeln, das 1. den beschriebenen Aufgaben gerecht wird und 2. die verschiedenen vorhandenen Medien der LINKEN berücksichtigt. Dort sind gute Anknüpfungspunkte zu finden:

Internet

Der Internetauftritt der LINKEN bietet einen multimedialen Zugang zur Partei. Die Möglichkeiten des Austausches mit der Partei – beispielsweise durch Kommentare – sind allerdings beschränkt. Das soziale Netzwerk Linksaktiv bietet solche Austauschmöglichkeiten, erreicht aber nur wenige Tausend Nutzer. Die hier bereits eingeplanten Ressourcen können eingesetzt werden, um Webseite und Netzwerk enger zu verbinden. Es wäre aber auch zu überlegen, wie sinnvoll ein eigenes Parteinetzwerk neben den vielen anderen sozialen Netzwerken ist, in denen Linke ein breiteres Umfeld erreichen können.

Publikumsmedien

An breitenwirksamen Publikumsmedien, die von Angesicht zu Angesicht verteilt werden können, bietet DIE LINKE vor allem monothematische Materialien an. Vielfältigere Zeitungen wie die „Neue Linke“ erscheinen unregelmäßig oder sind auf den jeweiligen Wahlkampf zugeschnitten. An die Erfahrungen damit kann die Partei aber anknüpfen, um eine regelmäßige Publikation zu entwickeln, die ein politisches Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Umfeld herstellen kann.

Mitgliedermedien

Für die Mitglieder bietet DIE LINKE das Monatsmagazin „Disput“ an, das Information, Austausch und politische Bildung vereint. „Disput“ erreicht bisher allerdings weniger als ein Zehntel der Mitgliedschaft. Das Know-How ist offensichtlich auch in diesem Fall vorhanden. Ziel sollte es sein, mit dem Mitgliedermagazin regelmäßig alle Mitglieder zu erreichen. Die zweifelsohne hohen Kosten sollten auch durch Anzeigen, darunter auch mehrseitige Informationsbeiträge zum Beispiel der Bundestagsfraktion, finanziert werden.

Entscheidung des Parteitages:
Angenommen: <input type="checkbox"/> Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____

Änderungsantrag: P.04.01.

Antragsteller/innen: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik (Beschluss der Mitgliederversammlung am 24.04.2010)

**Änderungsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock
zum Antrag P.04.**

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Antragsheft 1, S. 46, Zeile 4:

„4. den Anforderungen barrierefreier Kommunikation Rechnung trägt,“

Begründung: Die Umsetzung der seit März 2009 in Deutschland gültigen UN-Behindertenrechtskonvention ist eine wichtige Aufgabe in Bund, Ländern und Kommunen. Die Ermöglichung einer uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft, u.a. durch umfassende Barrierefreiheit, ein inklusives Bildungssystem sowie einkommen- und vermögensunabhängige Nachteilsausgleiche ist eine der zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Dies und die daraus resultierende Verantwortung der LINKEN hat der Parteivorstand am 17. Oktober 2009 mit seinem Beschluss 2009-99 (siehe Antragsheft 1, S. 70 sowie „Leitgedanken zur Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE, Punkt VIII.) bekräftigt und sollte sich auch in den Anträgen und Beschlüssen der 1. Tagung des 2. Parteitages niederschlagen.

Antrag:

P.09.

Antragsteller/innen: Der DIE LINKE. Kreisverband Karlsruhe (Beschluss der Mitgliederversammlung am 11.03.2010)

**Antrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Parteitag möge beschließen:

Leiharbeit abschaffen

Der Parteitag fordert die Bundestagsfraktion sowie alle Gremien und Mandatsträger der Partei auf, darauf hinzuwirken, dass Leiharbeit grundsätzlich verboten wird.

Begründung: Leiharbeit nur zu begrenzen, wie es unser Bundestagswahlprogramm vorsieht, reicht nicht aus, um prekäre Beschäftigung und Hartz IV zu bekämpfen.

Spätestens seit dem Skandal um Schlecker XXL und die dazugehörige Leiharbeitsfirma Meniar wissen wir, wie das Instrument der Leiharbeit genutzt und missbraucht wird. Unter der SPD/Grünen-Regierung wurde das Instrument der Leiharbeit in der jetzt bestehenden Form eingerichtet und von der Wirtschaft und den Nachfolgeregierungen verschärft und genutzt, um den sog. 2.Arbeitsmarkt auf- und auszubauen. Damit wurde in Deutschland der europaweit größte Niedriglohnsektor geschaffen. Langjährig Beschäftigte wurden und werden damit in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt.

Die Wirtschaft benutzt die Ausweitung der Leiharbeit, um die Noch-Beschäftigten in den Stammebelegschaften gefügig zu machen. Diese verzichten vor dem Hintergrund der drohenden Prekarisierung auf von den Gewerkschaften hart erkämpfte Entgelt- und Sozialstandards. Lohndumping und Armut wird gefördert. Um die schlimmsten Auswirkungen zu dämpfen, werden über Hartz IV die Niedriglöhne aufgestockt. Damit subventioniert unsere Gesellschaft die Gewinne der Unternehmen. Dem muss ein Ende gesetzt werden!

Leiharbeit wird bewusst auch als Instrument zur Entsolidarisierung der Belegschaften eingesetzt. Für dieselbe Tätigkeit gibt es meist verschiedene Tarife und 3 oder 4 unterschiedliche Entgelte am gleichen Arbeitsplatz. ArbeitnehmerInnen, die gezwungener Maßen ihre Arbeitsplätze häufig wechseln müssen, die noch dazu unterschiedlichen Arbeitsbedingungen unterworfen sind, können sich nur schwer organisieren. Sie sind ihren Arbeitgebern ausgeliefert und haben wenig Chancen, eine schlagkräftige Interessensvertretung zu bilden. Was die Standards weiter senkt.

Diese Entwicklung ist beabsichtigt und kein zufälliges Nebenprodukt. Gerade in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise und hoher Erwerbslosigkeit können wir diesen Auswirkungen nicht mit Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen entgegenwirken. Dies wäre, wenn überhaupt, in Zeiten einer Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung möglich.

In der heutigen Situation kann nur ein Verbot von Leiharbeit wirken. Auch die Überwindung von Hartz IV wird mit einem weiterhin legalen Einsatz von Leiharbeit kaum möglich werden.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Antrag:

D.01.

Einreicher/innen: Lothar Bisky (MdEP, Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne, Vorsitzender der Partei DIE LINKE. und der Partei der Europäischen Linken.), Lukrezia Jochimsen (MdB, kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.), Petra Pau (MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Rosemarie Hein (MdB, Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE.), Ida Schillen (Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE.), Wolfgang Brauer (Kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin), Agnes Alpers (MdB, Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung)....

Unterstützer/innen: Annette Mühlberg (Sprecherin der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE.), Tobias Schulze (Referent Bundestagsfraktion DIE LINKE., Sprecher BAG Wissenschaftspolitik)

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Thema:

Umgang mit dem kulturellen Erbe der DDR

Der Parteitag möge beschließen:

Gegen das Verschwinden von Kultur- und Geschichtsdokumenten – Für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem kulturellen Erbe der DDR

Wir wenden uns entschieden gegen eine fortdauernde gedankenlose oder sogar absichtsvolle Preisgabe und zu Teilen auch Vernichtung von Kultur- und Geschichtsdokumenten und Kunstwerken aus der Zeit der DDR.

Bis heute verschwinden im Rahmen von Privatisierungen und städtebaulichen Neuordnungen – oft klammheimlich – Zeugnisse des kulturellen Lebens und künstlerischen Schaffens in der DDR, darunter Werke von hohem Rang. Diese Entsorgung von Zeitgeschichte ist für uns nicht hinnehmbar.

Aktuell sind in Berlin zwei zu DDR-Zeiten geschaffene außerordentliche Kunstwerke, die sich in Bundesliegenschaften befinden, durch Abrisspläne gefährdet: Das Wandgemälde von Prof. Ronald Paris „Lob des Kommunismus“ im ehemaligen Zentralamt für Statistik der DDR in der Otto-Braun-Straße und das Wandbild von Prof. Walter Womacka „Der Mensch, das Maß aller Dinge“ am früheren Bauministerium der DDR in der Breiten Straße.

Die angesprochenen Wandbilder befinden sich in Bundesliegenschaften, in Gebäuden, die für Zwecke des Bundes nicht mehr benötigt und daher veräußert werden. Ihr Abriss ist vorgesehen. Die Gemälde sind damit von Vernichtung bedroht. Es handelt sich um wichtige Kunstwerke ihrer Art und ihrer Zeit. Ihre Bewahrung für eine historisch-kritische Aufarbeitung und öffentliche Präsentation liegt im öffentlichen Interesse.

Der Bund als Eigentümer ist bisher jedoch nicht willens, sich seiner Verantwortung für die Bergung und Sicherung diese Kunstwerke zu stellen. Er bietet die Werke zum Verkauf an, kostenlos bei Übernahme der Bergungskosten. Die Käufer können mit den Wandbildern dann verfahren wie sie wollen.

Wir unterstützen die Bemühungen der Linksfraktionen im Deutschen Bundestag und im Abgeordnetenhaus von Berlin, den Bund in die Pflicht zu nehmen. Er hat als Eigentümer Sorge dafür zu tragen, dass die Wandbilder von Ronald Paris und Walter Womacka bei Abriss der Gebäude, für die sie geschaffen wurden, als bewahrenswerte Kunstwerke geborgen und als Zeichen ihrer Zeit für die Nachwelt erhalten werden. Die Werke sollen für die Öffentlichkeit erhalten bleiben. Die mit der Bergung und Bewahrung verbundenen Kosten sollen vom Bund getragen werden.

Diese beiden Fälle sind in der augenblicklichen Situation von symbolischer Bedeutung. Sie zwingen zu einer Entscheidung, ob man sich dieser Entwicklung entgegenstellt oder zusieht wie sie weitergeht.

Wir setzen uns auch über die genannten Beispiele hinaus auf allen Ebenen dafür ein, Konzepte für eine langfristige und nachhaltige Sicherung und Präsentation von kulturhistorisch bedeutsamer Kunst am Bau zu entwickeln und drängen in diesem Zusammenhang darauf, sorgsam mit den Hinterlassenschaften der DDR-Kultur umzugehen.

Gerade wir als Linke wollen Zeichen setzen - für eine politische Kultur der Einheit und gegen Geschichtsvergessenheit.

Begründung: Es besteht aktueller Handlungsbedarf zur Rettung der beiden Wandbilder von Ronald Paris und Walter Womacka. Die vom Land Berlin vorgesehene städtebauliche Neuordnung des früheren Bauministeriums sieht einen Abriss der Liegenschaft vor. Für die Liegenschaft Otto-Braun-Straße ist eine solche Entscheidung ebenfalls geplant. Die Werke sind damit von Vernichtung durch Abriss bedroht. Zwei Kleine Anfragen im Abgeordnetenhaus von Berlin und eine Anfrage an die Bundesregierung, ergaben, dass der Bund die Werke kostenlos abgeben will, die Bergungskosten aber vom Erwerber getragen werden müssten (Antwort vom 12.04.2010, BT-Drs. 17/1360). Bisherige Bewerbungen waren aber gerade an diesem Kostenpunkt gescheitert. Es geht nun darum, Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen, dass sie ihre Verantwortung als Eigentümer wahrnimmt, die Werke zunächst birgt und dafür auch die Kosten übernimmt. Dazu bedarf es eines starken öffentlichen Drucks. Erste Initiativen und Verbände haben ihre Stimme erhoben. Da sollte DIE LINKE. nicht fehlen.

Die Pflege und Sicherung kulturhistorisch wertvollen Kunstbesitzes ist die ureigene Aufgabe von Bundesinstitutionen wie z.B. dem Deutschen Historischen Museum oder auch dem Kunstarchiv Beeskow. Diese könnten aufgrund ihrer besonderen Sammlungsaufträge die Wandbilder in ihre Obhut übernehmen und für eine angemessene historisch-kritische Aufarbeitung und öffentliche Präsentation sorgen. Sie könnten ebenso in Neubauten des Bundes untergebracht werden. Es wäre wünschenswert, dass sie in die Sammlungen der genannten oder anderer öffentlicher Einrichtungen aufgenommen werden. Gleichwohl sind alle Initiativen, auch von privater Seite, die auf eine Rettung der Werke zielen, zu begrüßen.

Entscheidung des Parteitages:	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

Antrag:

D.02.

Antragsteller/innen: Rim Farha (Delegierte); Ellen Brombacher (Delegierte); Uwe-Jens Heuer; Uwe Hiks; Klaus Höpcke; Friedrich Rabe (Teilnehmer mit beratender Stimme); Kurt Paetzold; Martina Tiedens (Teilnehmerin mit beratender Stimme); Wulf Kleus (Delegierter); Bärbel Schindler-Saefkow

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Der Parteitag möge beschließen:

Die Delegierten des 2. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE unterstützen das Positionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Nahost-Konflikt vom 20. April 2010.

Begründung: Häufig werden Genossinnen und Genossen der LINKEN zur Stellung der Partei zum Nahost-Konflikt gefragt. Eine Positionierung des Parteitages zum beiliegenden Beschluss der Fraktion würde die Mehrheitsposition in der Linken zu dieser Frage klarstellen.

Anlage

Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahost-Konflikt

Beschluss der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 20. April 2010

Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechts Israels ein.

Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.

Für uns ist der Maßstab das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Staaten und Konfliktparteien zu gelten hat. Jegliche Gewaltanwendung der beteiligten Parteien wird von uns verurteilt.

Die umfangreichen finanziellen Unterstützungen der Bundesregierung und der Europäischen Union für die Palästinenser können dazu beitragen, die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen und im Westjordanland abzufedern. Dennoch stellt die israelische Besatzung, die noch immer bestehende Abriegelung des Gazastreifens, die zu einem systematischen Mangel an Nahrungsmitteln, Brennstoffen und an elementaren technischen Mitteln führt, eine Kollektivstrafe für die 1,5 Millionen Menschen in Gaza dar, die das Völkerrecht ausdrücklich verbietet. Die Besatzung wird zwar mit diesem Geld erträglicher gemacht. Darin liegt jedoch ein grundsätzliches Dilemma: Humanitäre Hilfe ist notwendig, andererseits wird die Besatzung damit indirekt unterstützt. Es hat sich gezeigt, dass diese Geldzuwendungen einen politischen Prozess nicht ersetzen können. Es ist zu beklagen, dass die Bundesrepublik ebenso wie die anderen europäischen Staaten, die USA und die UNO Israel bei seinen fortgesetzten und anhaltenden Verstößen gegen das Völkerrecht und gegen das humanitäre Völkerrecht jahrzehntelang gewähren ließen. Aus dem jüngsten Krieg im Gazastreifen sind jetzt endlich die richtigen Schlüsse zu ziehen: Eine politische Wende ist erforderlich, um zu Frieden und Sicherheit zu gelangen.

Eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ist nicht auf militärischem Wege zu erzielen, sondern nur durch ernsthafte und aufrichtige Verhandlungen zwischen allen Beteiligten, wie sie bisher trotz aller Konferenzaktivitäten nicht stattgefunden haben. Eine endgültige, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird nur erzielt werden, wenn die Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt wird.

D.h.

- die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates mit völkerrechtlich verbindlichen, von allen Beteiligten anerkannten, sicheren Grenzen, mit einem zusammenhängenden Territorium im Westjordanland auf der Grundlage der Grenzen von 1967, dem Gaza-Streifen und Ostjerusalem als Hauptstadt, einschließlich der Möglichkeit eines einvernehmlichen Gebietsaustausches mit Israel. Ferner muss der palästinensische Staat über wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit und über die Kontrolle der eigenen Ressourcen, wie Land und Wasser sowie frei zugängliche und sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen verfügen und

- die Anerkennung eines sicheren Existenzrechts Israels und eines palästinensischen Staates von allen Beteiligten in völkerrechtlich verbindlich festgelegten sicheren Grenzen und
- eine umfassende Regelung für alle palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage der Resolution Nr. 194 der UN-Generalversammlung oder/und den Vorschlägen der Genfer Initiative. Dabei muss ein Weg zwischen Rückkehr und Entschädigung gefunden werden.

Forderungen

Erste notwendige Schritte auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung:

- der sofortige Stopp des Siedlungsbaus und der Landkonfiskation in den besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems und seines Umlandes,
- das sofortige Ende des palästinensischen Raketenbeschusses auf israelisches Territorium und der israelischen militärischen Angriffe auf palästinensisches Gebiet,
- das Ende der Besatzungspolitik Israels, die Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen und die Aufhebung der über 650 Checkpoints,
- die Beendigung des Mauerbaus auf palästinensischem Territorium und Abbau oder Rückbau auf israelisches Gebiet entsprechend dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004,
- die Freilassung der politischen Gefangenen auf beiden Seiten, was insbesondere die Freilassung des israelischen Soldaten Gilat Schalid, des palästinensischen Abgeordneten Marwan Barghuti sowie der anderen Mitglieder des palästinensischen Parlaments und der Mehrzahl der über 8000 in israelischen Gefängnissen einsitzenden Palästinenser bedeutet,
- die Einbeziehung der Hamas in politische Gespräche und die Aufhebung ihres Boykotts,
- die internationale Untersuchung der Kriegsführung auf Verletzung des Völkerrechts im Gaza-Krieg.

Forderungen an die Bundesregierung

Wir fordern von der Bundesregierung eine sofortige und eindeutige Abkehr ihrer gescheiterten Politik im Nahostkonflikt.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf,

- sich in der EU und in der Zusammenarbeit mit Israel namentlich und vernehmlich für die Durchsetzung der Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates einzusetzen
- sich bei Verstößen gegen das allgemeine Völkerrecht und gegen das humanitäre Völkerrecht – egal von welcher Seite – unmissverständlich auf die Seite des Völkerrechts zu stellen,
- die Beratung des Goldstone-Berichtes, der beiden Seiten Verstöße gegen die Menschenrechte im Gaza-Krieg vorhält, nicht zu blockieren,
- Israel und andere Staaten der Region nicht länger mit Waffen zu beliefern und politisch für einen atomwaffenfreien Nahen Osten sowie für die Nichtweiterverbreitung atomarer Waffen einzutreten,
- die in Kairo begonnenen Bemühungen um eine Aussöhnung der Palästinenser untereinander zu unterstützen und eine neu gebildete palästinensische Regierung, egal wie sie aussieht, zu akzeptieren,
- sich für die Zwei-Staaten-Lösung im oben genannten Sinne einzusetzen,
- sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass die gegen den Gazastreifen verhängte Wirtschaftsblockade sofort aufgehoben wird,
- sich für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen den Zonen A, B und C der Westbank und die sofortige Übergabe dieser Gebiete durch Israel an die Palästinensische Autonomiebehörde einzusetzen,
- sich in der EU für die Einhaltung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, insbesondere der Menschenrechtsklausel, einzusetzen und sich dazu zu verpflichten, bei Verletzungen entsprechende Maßnahmen, bis hin zur Aussetzung des Abkommens, anzumahnen. Eine Ausweitung der Beziehungen zwischen der EU und Israel muss genutzt werden, um die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die Beendigung der humanitären Krise in Gaza und in den besetzten palästinensischen Gebieten, ein wirkliches Engagement für eine umfassende Friedensregelung sowie die uneingeschränkte Umsetzung des Interim-Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der PLO durchzusetzen,
- eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten nach dem Vorbild des KSZE-Friedensprozesses mitzuintitieren, an der alle Staaten und Konfliktparteien beteiligt werden, auch Libanon, Syrien und Iran,

- sich für eine Beendigung der Besetzung der völkerrechtlich zu Syrien gehörenden Golan-Höhen und der zum Libanon gehörenden Shebaa-Farmen einzusetzen und dazu direkte Verhandlungen Israels mit Syrien und dem Libanon zu befördern,
- ein deutsch-israelisch-palästinensisches Jugendwerk zur israelisch-palästinensischen Aussöhnung ins Leben zu rufen,
- ein Programm vorzulegen und zu finanzieren, welches die Umsetzung der UNO-Resolution 1325 im Verhandlungsprozess Israel – Palästina unterstützt,
- sich in der internationalen Staatengemeinschaft für eine dem Marshallplan ähnliche Initiative für den Wiederaufbau in Palästina einzusetzen,
- bei der Verhandlung mit der Hamas sich dafür einzusetzen, dass aus ihrer Charta die Punkte gestrichen werden, die das Existenzrecht Israels bestreiten bzw. in Zweifel ziehen.

Quelle: http://www.linksfraktion.de/positionspapier_der_fraktion.php?artikel=7741369360

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Antrag:

D.04.

Antragsteller/innen: Ulla Jelpke MdB (Ersatzdelegierte), Ruben Lehnert (Delegierter), Arne Brix (Delegierter), Ellen Brombacher (Delegierte), Thomas Hecker (Delegierter), Rim Farha (Delegierte), Sabine Berninger (Delegierte), Ulrike Bretschneider (Delegierte), Katina Schubert (Delegierte), Julia Focks (Delegierte, KV Göttingen), Marianne Wurm (Delegierte), Wulf Kleus (Delegierter), Bettina Fortunato (Delegierte), Antje Rosebrock (Delegierte), Martina Gerres-Borreck (Delegierte, KV Friesland), Anke Schneider (Delegierte, KV Braunschweig), Edith Graw (Delegierte), Florian Höllen (Delegierter, KV Göttingen), Viktor Perli (Delegierter, Jugendverband), Christian Tödt (Delegierter, KV Dortmund), Iris Bernert-Leushacke (Delegierte, KV Dortmund), Johanna Voß (Delegierte, Niedersachsen)

weitere UnterstützerInnen (nicht-Delegierte):

Friedrich Rabe (Teilnehmer mit beratender Stimme), Martina Tiedens (Teilnehmerin mit beratender Stimme), Elke Breitenbach MdA (Berlin), Matthias W. Birkwald MdB, Jürgen Herold, Uwe Jens Heuer, Uwe Hicks, Klaus Höpcke, Volkmar Vogel, Doris Frey-Biester, Heidrun Dittrich MdB, Till Petersen

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Der Parteitag möge beschließen:

Bleiberecht für die Roma aus dem Kosovo

In der Bundesrepublik Deutschland sind über 10.000 Roma aus dem Kosovo von Abschiebung bedroht. Viele der Betroffenen mussten aus dem Kosovo fliehen, weil die NATO kriegerisch auf Seiten der Kosovo-Albaner intervenierte und damit Vertreibungen der Roma erst ermöglichte. Eine Abschiebung dieser Menschen, die zumeist seit Jahren in Deutschland leben, bedeutet deren zweite Vertreibung. Vor allem in Bezug auf hier geborene bzw. aufgewachsene Kinder und Jugendliche ist dies unverantwortlich: Sie sprechen im Regelfall nicht albanisch, so dass schon aus diesem Grunde ein Schulbesuch im Kosovo oft nicht mehr möglich ist. Während die Kinder hier gut integriert sind und die Chance eines „normalen“ Lebens haben, droht ihnen im Kosovo absolutes Elend, Hoffnungslosigkeit und andauernde Ausgrenzung und Diskriminierung. Diese Gefahr hat noch einmal zugenommen, seit am 12. April das deutsch.kosovarische Rückübernahmeabkommen unterzeichnet wurde. Damit sollen Abschiebungen in den Kosovo erleichtert und beschleunigt werden.

Viele Roma aus dem Kosovo konnten von den Bleiberechtsregelungen von Bund und Ländern nicht profitieren, weil sie einzelne Bedingungen nicht erfüllten. Insbesondere die Forderung nach einer dauerhaften eigenständigen Lebensunterhaltssicherung erwies sich für sie als zu hohe Hürde. Angesichts des nunmehr in Kraft getretenen deutsch-kosovo-albanischen Rückübernahmeabkommens und forciert Abschiebungen sind ein sofortiger Abschiebungsstopp und eine vor allem nach humanitären Kriterien ausgestaltete Bleiberechtsregelung für Roma aus dem Kosovo dringend erforderlich.

Eine solche Forderung ergibt sich auch angesichts der besonderen historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland: Im Zweiten Weltkrieg wurden etwa 500.000 Roma und Sinti aus rassistischen Gründen systematisch vertrieben und ermordet. Gegenüber den heute schutzbedürftigen Roma aus dem Kosovo eröffnet sich damit indirekt eine Chance zur „Wiedergutmachtung“.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass infolge eines Beschlusses der letzten Volkskammer der DDR bzw. der Regierungschefs von Bund und Ländern in den Jahren 1990 bis heute mehr als 200.000 jüdische Menschen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion als „Kontingentflüchtlinge“ in Deutschland aufgenommen wurden. Auch dies wurde als eine Form der „Wiedergutmachtung“ und Wiederansiedlung jüdischen Lebens vor dem Hintergrund der begangenen Verbrechen verstanden. Bei der Gruppe der Roma aus dem Kosovo geht es nicht einmal um die Neu-Einreise von Betroffenen, sondern lediglich um den Verzicht von Abschiebungen gegenüber bereits seit Jahren hier lebenden Menschen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Antrag:

D.06.

Antragsteller/innen: DIE LINKE. Kreisverband Gütersloh (Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 19. April 2010)

**Dringlichkeitsantrag an die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock**

Der Antragskommission liegen die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften vor.

Der Parteitag möge beschließen:

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag wird aufgefordert, dem Bundestag einen Antrag vorzulegen, in dem der Völkermord im Osmanischen Reich an Armeniern, Assyern und Pontos-Griechen als solcher anerkannt und verurteilt wird. Ferner soll Deutschland dazu beitragen, dass neben einer Wiedergutmachung die Versöhnung zwischen den Nachfahren gefördert wird.

Begründung: Überall im Land fordert DIE LINKE „Gleiche Rechte für Alle“. Das schließt das Recht auf die eigene Geschichte ein. Mit dem Recht auf die eigene Geschichte tragen wir aber auch Verantwortung für diese.

DIE LINKE weiß, was das heißt; die Deutschen wissen, wie vernichtend das ist.

Der 24. April 2010 war für Millionen Armenier, Assyrer und Griechen, Türken und Kurden in Deutschland ein sehr schmerzhafter Tag. Vor 95 Jahren begann im Osmanischen Reich der Völkermord an fast 3.000.000 Armeniern, Pontos-Griechen und Assyern. Bis heute weitgehend verschwiegen vor der Öffentlichkeit.

Während wir erschreckt erleben, wie die Deutschen medial immer massiver zu Opfern gemacht werden, wird unseren armenischen, assyrischen und griechischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Recht verwehrt, das an ihnen begangene Unrecht beim Namen zu nennen.

Dabei sind sich die Historiker einig, dass es sich um einen Völkermord handelte. Das hat jetzt auch das schwedische Parlament am 11. März 2010 anerkannt und verurteilt.

In Deutschland allerdings stehen wieder einmal wirtschaftliche und geostrategische Interessen im Vordergrund. Schon das Deutsche Reich war Verbündeter, Mitwisser und Mittäter des Völkermordes. Neben dem katholischen Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger war Karl Liebknecht der einzige deutsche Parlamentarier, der öffentlich den Genozid an den Armeniern, den Assyern und Pontos-Griechen anprangerte.

DIE LINKE hat aus der Geschichte gelernt. DIE LINKE kennt keine nationalen Grenzen. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Staaten, Religionen und Kulturen, nicht zwischen Alt und Jung, nicht zwischen Frauen und Männern, nicht zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, nicht zwischen Ost und West, Nord und Süd. Sie verlaufen zwischen Unten und Oben.

Täglich machen mehr und mehr Menschen diese Erfahrung.

In der Linken arbeiten Türken, Kurden, Armenier, Assyrer, Griechen, Deutsche und alle anderen gemeinsam daran, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Das ist in diesen Zeiten wichtiger denn je!

95 Jahre nach dem Beginn des Völkermordes hat der Kreisverband Gütersloh diesem Antrag nach einer erstklassigen Diskussion ohne Gegenstimme zugestimmt.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

